

Kampf der Kulturen!



Roland Schöni,
SD-Zentral-
sekretär und
Regierungsrats-
kandidat SD
Kanton Bern

Das politische Kurzzeitgedächtnis der europäischen etablierten Politik verdrängt, dass es vor über einem Jahr in Holland, vor ein paar Monaten in Spanien und Frankreich, aber noch frischer in Australien, gebrannt hat. In den Niederlanden waren es lästerliche Filme über den Islam, die den Hass schürten. In Spanien und Frankreich die angebliche Benachteiligung der arabischen, und nicht weissen, Einwanderer. In Australien entzündete sich der Konflikt an den unterschiedlichen Kleidungsgehnheiten der Kulturen am Strand. Und nun bricht der Zorn nach fast einem halben Jahr (!) über die Mohammed-Karikaturen aus.

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

nun bricht der Zorn nach fast einem halben Jahr (!) über die Mohammed-Karikaturen aus.

Hier zeigt sich in diesem Streit nur allzu deutlich die Doppelmoral der weltlichen Globalisierungselite. Unsere Aussenministerin Calmy-Rey erklärte, dass sie zwar die Gefühle der Moslems verstünde, aber auf der anderen Seite macht sie zusätzlich noch die heuchlerische Feststellung, dass es die Mei-

nungsfreiheit zu respektieren gelte. Diese eidgenössische Meinungsfreiheit wurde in der Verfassung, wie Sie wissen, durch das Rassismugesetz weitgehend eingeschränkt. Der Kampf der Kulturen bricht, angeheizt durch die westlichen und nordamerikanischen Medien, trotzdem offen aus. Vor Tagen wurden die Angriffe islamistischer Protestler auf die Botschaften und Kultureinrichtungen europäischer Staaten aufgeheizt. Der Mob tobte in Beirut, Teheran und Damaskus. Offensichtlich nutzten die arabischen Regierungen den Streit um die anti-islamischen Karikaturen für massive Kampagnen gegen den Westen.

Umstrittene Karikaturen

Fakt ist: Auslöser der islamistischen Mobilisierung war eine Serie von satirischen Zeichnungen über den Religionsstifter der Moslems in der dänischen Zeitung «Jyllands-Posten». Diese hatte die Zeichnungen im letzten Herbst (2005) mit dem Zusatz abgedruckt, die Moslems müssten lernen, sich mit Verhöhnung, mit Spott und mit Lächerlichmachung abzufinden. Gläubige rund um die Erde fordern jetzt eine Entschuldigung der dänischen Regierung und der Zeitung für diesen Frevel – tatsächlich eine irrwitzige Vorstellung im säkularisierten Europa, wo Blasphemie zum guten aufklärerischen Ton gehört. Dutzende Zeitungen solidarisierten sich mit der angegriffenen «Jyllands-Posten» und druckten die umstrittenen Karikaturen nach, was wiederum in der jetzigen Nahostsituation als organisiert bewertet werden kann.


Angesichts von Bombendrohungen gegen Redaktionen und gewalttätigen Übergriffen muss man sich zu Recht Sorgen um die innere Sicherheit und den Schutz der schweizerischen und der christ-



Moslem-Demonstration auf dem Bundesplatz: Warum hat der Islam unter den Einwanderern in Europa eine solche Bindungskraft?

lich-abendländischen Grundrechte machen. Doch man wird auch hellhörig: Seit Wochen werfen sich Medienschaffende in Europa in die Brust und schwören, einen Heiligen Krieg für die Verteidigung der Pressefreiheit führen zu wollen. Man sieht sie vor sich, die Chefredaktoren der europäischen Zwangsgemeinschaft, wie sie sich in strahlende Rüstungen zwängen, um in der Schlacht aller Schlachten sich heldenhaft dem plötzlich als Hauptfeind entdeckten Islam entgegenzuwerfen und das höchste

Fortsetzung Seite 2

Démocrate  Suisse
Pages 13–15



Wahlen Kanton Bern:
SD-Liste unverändert –
«Damit Bärn
Bärn bleibt»

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Junge Stimme
- 6 Von Feinstaub bis Männer-Diskriminierung!
- 7 Exklusiv-Interview mit Ahmad Huber
- 8 Wahlen Kanton Bern
- 10 SD-Wahlsieg in Zürich
- 12 Der Leser hat das Wort

Kampf der Kulturen*Fortsetzung von Seite 1*

Gut des europäischen Kulturraumes tapfer zu verteidigen.

Ihr Heuchler!

Seien wir doch ehrlich: Wir erleben eine lächerliche Farce! Diese Heuchler! – möchte man rufen, wenn man das Meer an Krokodilstränen sieht, die zur jetzigen Zeit um die Pressefreiheit vergossen werden. Die europäischen Medien hatten ihre Chance, die Frage der Zukunft der abendländlichen Kultur, der europäischen (und der globalen) Werte zu diskutieren. Sie haben sie sträflich vertan. Erinnern wir uns, wie lächerlich diejenigen gemacht wurden, die weise den Gottesbezug als christlichen Anker in den EU-Verfassungsentwurf aufnehmen wollten. Erinnern wir uns, wie in den europäischen und schweizerischen Leitmedien mit denjenigen umgegangen wird, die die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union aus Sorge um die Identität des Kontinents bis zum heutigen Tag ablehnen. Und erinnern wir uns daran, welche Selbstzensur sich die Medien schon seit Jahrzehnten auferlegt haben, wenn es um die Kritik an Zuwanderung und multikultureller Gesellschaft geht.

Es existieren in Fernsehsendern selbstauferlegte Zensurbeschlüsse (Presserat), Kritiker der Übervölkerung, der multikulturellen Gesellschaft, der europäischen Inte-

grationspolitik – so genannte Rechtsextremisten – nicht mehr zu Wort kommen zu lassen. Die viel beschworene Presse- und Meinungsfreiheit hat man in der Realität längst einer alles beherrschenden und erstickenden politischen Korrektheit geopfert.

**Eingeschränkte
Meinungsausserungsfreiheit**

Nicht zufällig trifft die gegenwärtige islamistische Hetzkampagne mit dem Streit um die iranische Atompolitik zusammen. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad legt als Retourkutsche den Finger in eine Wunde der Europäer, wenn er mit der von ihm ausgelobten bizarren Holocaust-Konferenz daran erinnert, dass es in mehreren europäischen Staaten explizit unter Strafe steht, die Judenvernichtung unter den Nazis in dem vorgelegten Ausmass zu leugnen. Freilich ist die Leugnung eine Obszönität – obszön ist es für die freiheitsliebenden Schweizer und Europäer aber auch, dass hier die historische Forschung und Meinungsausserung dem Strafrecht unterworfen wurde. Die iranische Zeitung «Hamshari» tut es ihrem Präsidenten gleich, indem sie, wie berichtet wird, einen Karikaturenwettbewerb ausgeschrieben hat – für die zwölf besten Karikaturen über den Holocaust. Damit wolle man überprüfen, wie sehr die Eu-

ropäer tatsächlich der Pressefreiheit verpflichtet seien, erläuterte der Grafik-Chef der Zeitung, Farid Mortazavi. Beleidigst Du mein Tabu, beleidige ich Dein Tabu. So undenkbar im islamischen Raum eine Mohammed-Karikatur ist, so undenkbar ist es, dass grosse europäische Zeitungen Karikaturen drucken, die das Andenken an den Holocaust beleidigen.

Quittung für Einwanderungspolitik

Tatsächlich stellt der Islam (dessen von ihm beherrschten Staaten, von Marokko bis zur Türkei, sich der Mondsichel gleich wie ein Sperrgürtel um die südlichen Grenzen des Kontinents legen) eine wachsende Bedrohung Europas und der Schweiz dar. Brisanz erhält dieser kulturelle Konflikt in allererster Linie aber dadurch, dass sich im Zuge ungebremster Zuwanderung schnell wachsende muslimische Enklaven in den europäischen Metropolen bilden konnten. Diese Moslems sind nicht mit dem Krummsäbel eingedrungen, sie sind von den Regierungen gerufen und als Gäste empfangen worden. Diese falsche Einwanderungspolitik ist von den Schweizer Demokraten (SD) seit Jahrzehnten scharf kritisiert worden. Nun wird die Quittung serviert. Diese muslimischen Grosssiedlungen in Basel, Genf oder Zürich begehren nun nach ihrem Recht.

Nicht umsonst finden auch jetzt – bei allem Geschrei über Pressefreiheit – immer noch keine Gespräche über das totale Scheitern der multikulturellen Gesellschaft statt. Stattdessen werden schon wieder Nebelgranaten abgefeuert und wichtige Fragen überhaupt nicht gestellt: Warum hat der Islam unter den Einwanderern in Europa eine solche Bindungskraft? Warum lösen sich die Identitäten in den europäischen Kulturen nicht wohlgefällig auf? Es könnte doch sein, dass es einen wichtigen Grund darin gäbe, dass der Zerfall der nationalen Kulturen, der religiös-ethischen Bindung der Europäer, schon so weit fortgeschritten ist, dass in diesem Vakuum die Wurzeln des Eigenen, des Islam, eine viel stärkere Bindungskraft ausüben.

Zudem wächst unter den Einwanderern die Verachtung gegenüber einem Gastland, dem nichts mehr heilig zu sein scheint: Nicht die Fahne, nicht die Ehre der Nation, der Familie, der Religion.

Was wir Schweizer und unsere europäischen Nachbarvölker überheblich als Zivilisation, als säkularen Fortschritt der Aufklärung preisen, stellt sich in den Augen von Gläubigen als – wenigstens partiell – Dekadenz, Verfall und Niedergang dar.

Das ist die Realität, der wir uns stellen müssen – allen vorab die Wissenschaft und die Medien.

Keine Unterschrift gegen neues Asylgesetz

Dieses soll die jetzigen Missbräuche steuern, gleichzeitig die Welle der Zuwanderer abschwemmen lassen und den Familiennachzug in vernünftige Bahnen lenken. Allzu lange haben die Behörden dem Druck linker Politiker und der Kirchen nachgegeben. Immer grösser ist die Zahl nicht assimilierbarer, oft krimineller Asylanten. Selten wird ein Straftäter des Landes verwiesen, während in deren Herkunftsländern die Scharia unbarmherzig zuschlägt. Vom neuen Asylgesetz ist zu hoffen, dass der Anspruch auf Asyl genauer gefasst werde. Schon ist aber das Referendum beschlossene Sache. Zu den Linksparteien gesellen sich – mir unbegreiflich – die Landeskirchen. Sie laden sich zu den bisherigen noch weitere Probleme auf, Seite an Seite mit Agnostikern und Kirchengegnern. Schon sind die ersten Schritte in Richtung Referendum angelaufen, in unserer Nachbarschaft wurde ein Vortrag gehalten: «Unbekannte Nachbarn – die Muslime».

Aufeinander zugehen sollen wir. Ein Widerspruch in sich: «Der Dialog war nie einfach» (so im Bericht über den Vortrag). Und noch «schöner»: Der Islam sei «etwas radikaler» als die christliche Lehre. Die vielen Bombenanschläge durch dessen Anhänger würden nicht aus religiösen, sondern «nur aus politischen Gründen» ausgeführt. Ein schwacher Trost für Hinterbliebene und Verletzte. Wir teilen Präsident Bushs Terrorismus-Bekämpfung keineswegs. Bei uns ist es vielmehr die schleichende Islamisierung. Unverständlich, dass die Landeskirchen dies nicht sehen. Die Islam-Lastigkeit hat schon zu Kirchenaustritten geführt. Ich selbst halte es für besser, innerhalb der Kirchen sich dagegen zu wehren. Wer austritt, verliert jede Einflussmöglichkeit. Ich selbst «hocke nicht aufs Maul». Immer wieder habe ich an höchster Stelle meine Meinung und mein Befremden bekundet. Alle, die Ihr noch glaubhafte Glieder einer Landeskirche und regelmässi-

ge Kirchgänger seid: meldet euch entweder bei eurem Pfarrer oder an höchster Stelle. Die Schweiz darf nicht zu einem Kosovo verkommen. Keine Unterschrift gegen das Asylgesetz!

Robert Berner, Rheinfelden

Anzeige

**Das Testament
Die letztwillige Verfügung**

Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

Ihre Wahl für die Schweiz

SD +
Schweizer Demokraten



Verleugnung der Grenzen des Wachstums

Seit der Veröffentlichung des aufsehenerregenden Werkes «Die Grenzen des Wachstums» von Meadows 1972 im Auftrag des «Club of Rome» ist allgemein bekannt, dass die Ressourcen der Erde begrenzt sind. Die Menschheit lebt ökologisch auf zu grossem Fuss; anstatt von den Zinsen zehrt sie vom Naturkapital. Von der grossen Mehrheit wird bedenkenlos Wachstum gepredigt, ohne die Folgen des Wachstums in alle Überlegungen miteinzubeziehen. Angesichts der Tatsache, dass die Weltbevölkerung täglich um ca. 220 000 Menschen zunimmt, wirkt das Nichtbeachten des Problems Bevölkerungswachstum besonders stossend.

Obwohl es viele Publikationen zu diesem Thema gibt und die UNO 1994 in Kairo eine Konferenz dazu veranstaltet hat, wird das Problem nicht genügend berücksichtigt. Von den meisten Ökonomen und Politikern wird der Faktor Bevölkerungswachstum ausgeklammert und von den Medien kaum erwähnt – es sei denn im Zusammenhang mit sinkenden Geburtenzahlen in Europa. Umweltbelastung ist abhängig von Pro-Kopf-Konsum, angewandeter Technologie und der Bevölkerungszahl.

Jährliches Wachstum von 50 000 Einwohnern

«Wie ist es denn möglich, dass von vielen beklagt wird, dass in der Schweiz seit Jahren jede Sekunde 1 Quadratmeter Boden verbaut



Der ökologische Fussabdruck ist ein Mass für unseren Naturverbrauch.

wird, oder dass trotz Anstrengungen CO₂-Ausstoss und Elektrizitätsverbrauch ständig steigen anstatt sinken, ohne dass berücksichtigt wird, dass die Bevölkerung in der Schweiz seit Jahren um ca. 50 000 Menschen/Jahr wächst (dies entspricht der Grösse einer Stadt wie Luzern). Gemäss Bundesamt für Statistik war in den letzten Jahren der Geburtenüberschuss in der Grössenordnung von 10 000/Jahr und der Wanderungssaldo ca. 40 000/Jahr (Einwanderung jährlich ca. 130 000, Auswanderung ca. 90 000 Menschen). Besonders eigenartig wirkt es, dass auch in Umweltschutzkreisen diese Zusammenhänge nicht zur Kenntnis genommen werden.

Perverser Wachstumswunsch

Der Wunsch nach Wachstum auf allen Gebieten wirkt seit Menschengedenken in allen Gesellschaften als eine ertümliche Kraft. In der Menschheitsgeschichte waren bisher dem Streben nach Wachstum keine Grenzen gesetzt. Die Schätze der Erde wurden ohne Bedenken und ohne spürbaren Schaden genutzt. Immer wieder konnte in neue, dünn besiedelte Gebiete ausgewandert werden. Dadurch wird sich im Laufe der Zeit eine Glaubensgewissheit gebildet haben, dass die Erde unerschöpflich ist. Vor jeglichem Denken als feststehend und immerwährend angenommen, werden Glaubensgewissheiten nie hinterfragt. So wird allgemein weiterhin darauf gebaut, dass Wachstum grenzenlos ist, obwohl heute offensichtlich wird, dass die Erde überfüllt und übernutzt ist. Umweltzerstörung und Bevölkerungsexplosion mit den verheerenden Folgen wie z.B. Rohstoff-Verschleiss, Ozonloch, Treibhauseffekt und Klimakatastrophen lösen Ängste und Ohnmachtsgefühle aus. Einzelne sind demgegenüber machtlos. Ein Teil der betriebsamen Hast und Hyperaktivität unserer Zeit dient vermutlich dem Niederhalten und Zudecken von Ohnmachtsgefühlen gegenüber den bedrohlichen grossen Problemen.

Durch die wachsende Komplexität unserer globalisierten Welt mit der damit einhergehenden Spezialisierung wächst die Informationsflut. Gegen diese Informationsflut ist zunehmendes Auswählen und Abrenzen – ja sogar ein zeitweiser Rückzug in eigene, kleinere, überschaubare Bereiche – als Schutz notwendig.

Durch zu viele hochgespielte Kleinigkeiten wird die Aufmerksamkeit abgelenkt und die grossen Probleme werden verdeckt. Dadurch wächst die Gefahr, dass der Überblick über das Ganze zunehmend verloren geht.

Anstelle dessen leisten immer mehr Wissenschaftler Hervorragendes in immer höheren Elfenbeintürmen. Sie vergessen jedoch, ihre Rechnung mit dem Wirt zu machen, der Natur, in der unsere Lebensgrundlagen wurzeln. Zu viele einflussreiche Persönlichkeiten nehmen Informationen, die

mit dem verleugneten Thema zusammenhängen, gar nicht wahr, weil es sie nicht interessiert. So wächst der Abstand zu denen, welche die Wachstumsproblematik erkannt haben und ernst nehmen.

Die Medien erwähnen das Problem Bevölkerungswachstum kaum. Die Mehrheit richtet ihre Meinung in Richtung der Windfahne «Öffentliche Meinung» und betet das Gebet «Mehr Wachstum»! nach. Immer weniger trauen sich, eine gegenteilige Meinung zu äussern. Eine Schweigespirale, eine Art kollektive Verleugnung entwickelt sich, und das Problem wird totgeschwiegen.

Darum sollten bei allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Überlegungen auch die Grenzen des Wachstums einschliesslich der Bevölkerungsproblematik miteinbezogen werden.

Dr. med. Roland Matter
(Quelle: Oekoskop 4/05)



Erneuter Ausverkauf der Heimat!

Der Kauf von Ferienwohnungen in der Schweiz wird bei Ausländern wieder beliebter! Während Ende der Achtzigerjahre das Problem gelöst schien und auf Grund der so genannten Lex Koller, des Gesetzes gegen die Überfremdung des einheimischen Bodens, zum Beispiel 1989 nur etwas mehr als 500 Bewilligungen zum Kauf einer Zweitresidenz in der Schweiz an Ausländer vergeben wurden und ein grosser Teil des möglichen Kontingents so ungenutzt blieb, haben die Verkäufe in den Neunzigerjahren wieder sprunghaft zugenommen. 2004 erteilten die Behörden 1362 Bewilligungen, was einer Ausschöpfungsquote von 97 Prozent des Kontingents entspricht! Dieser Ausverkauf treibt u.a. die Preise in die Höhe, so dass sich die Einheimischen kaum mehr die Mietzinse für Wohnungen in ihrer ureigenen Heimat zu leisten ver-

mögen! In Sankt Moritz muss der Käufer einer Eigentumswohnung bis zu 10 000 Franken pro Quadratmeter auf den Tisch legen. Und der Bundesrat möchte die Lex Koller, das Gesetz gegen den Ausverkauf der Heimat, ersatzlos streichen! Während man also zu einem bestimmten Zeitpunkt davon ausgehen konnte, die verheerende Entwicklung sei überwunden, wird die bundesrätliche Politik – von Ausverkäufern heimlich unter Druck gesetzt! – wieder rückfällig und sehnt sich offenbar nach den schlimmen alten Zeiten zurück!

Nicht nur die Schweizer Demokraten, auch die Stiftung für Landschaftsschutz hat gegen die unheilvolle Entwicklung harte Opposition angemeldet. Deren Geschäftsleiter, Raimund Rodewald, droht wie die Schweizer Demokraten mit einem Referendum!

Der Steinbock – Tier des Jahres 2006



Wir schreiben das Jahr 1906. Männer mit buschigen Bärten tragen ungewöhnliches Gepäck durch Martigny: Zwei junge Steingeissen und einen Steinbock – Diebesgut! Die Tiere stammen aus dem norditalienischen Gran Paradiso, dem persönlichen Jagdrevier des italienischen Königs Vittorio Emanuele II. Die dreisten Herren hatten einen Wilderer beauftragt, die Jungtiere aus dem Aostatal in die Schweiz zu schmuggeln. Seit 1875 hatte der Bund wiederholt aber erfolglos versucht, italienische Steinböcke legal zu erstehen. In der Schweiz waren sie nämlich ausgerottet.

Als «kletternde Apotheke» ausgerottet

Bis ins Mittelalter war der Steinbock in den Schweizer Alpen weit verbreitet, fiel dann aber den Jagd-

und Essgelüsten der Menschen zum Opfer. Auch die von Aberglauben geprägte Volksmedizin wurde ihm zum Verhängnis: Die zerriebene Hornspitze wurde als Potenzmittel für den Mann genutzt und das Blut als Mittel gegen Blasensteine. Auch Magenteile des Alpentiers waren begehrt; man glaubte fest an ihre Wirkung gegen die Melancholie. 1809 wurde der letzte Steinbock der Schweiz erlegt. Nun wollte man ihn wieder zurück haben. Die erbeuteten Jungtiere wurden in Tierparks gebracht, wo sie dem Aufbau einer Kolonie dienten. Schliesslich wurden 1911 im Gebiet «Graue Hörner» in St. Gallen die ersten Steinböcke in die Freiheit entlassen. Heute – nach hundert Jahren – leben wieder rund 14000 Steinböcke in der Schweiz. Seit 1977 darf der häufigste wild lebende Hornträger wieder kontrolliert bejagt werden.

Pro-Natura-Wappentier aus gutem Grund

Nicht umsonst ist der Steinbock das Erkennungszeichen von Pro Natura: Seit ihrer Gründungszeit setzt sich Pro Natura tatkräftig für den Schutz des Steinwildes ein. Sie finanzierte früher Unterkünfte und Entschädigungen von Wildhütern, die mit dem Schutz der Steinböcke betraut waren. Im Nationalpark sorgte Pro Natura ausserdem für die erste Wiederansiedlung von Steinböcken im Kanton Graubünden. Der Steinbock kommt heute in den Schweizer Bergen flächendeckend vor.

Pro Natura

Umgang mit Tieren hilft bei Demenz

Tiere gewinnen in der Begleitung älterer Menschen und beim «Einsatz» in Alten- und Pflegeeinrichtungen immer mehr an Bedeutung. Ein Trend, den das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) grundsätzlich begrüsst. «Gerade alte Menschen können sehr vom Umgang mit Tieren profitieren», sagt die KDA-Pflegeexpertin Christine Sowinski, «denn sie motivieren zu Aktivität, helfen bei sozialen Kontakten und vermitteln das Gefühl, gebraucht zu werden.» Be-

sonders beeindruckend seien allerdings die Begegnungen zwischen Menschen mit Demenz und Tieren. «Während viele – Familienangehörige wie professionell Pflegenden – keinen Zugang mehr zu den Betroffenen finden, die scheinbar versunken in ihrer eigenen Welt leben, sind Tiere oft so etwas wie «Türöffner» in diese Welt. Die Vierbeiner finden Zugänge, die «Zweibeinern» verborgen bleiben», erklärt Christine Sowinski. Da die Anzahl der an einer Demenz Er-

krankten immer weiter steigt, werden nach KDA-Einschätzung auch solche «Türöffner» und ihr gezielter Einsatz immer wichtiger. Doch gleichzeitig warnt das KDA davor, Tiere unreflektiert und ohne entsprechende – menschliche wie tierische – Vorbereitung in Einrichtungen der Altenhilfe einzusetzen. Um dauerhaft Wirkungen im Sinne einer Steigerung der Lebensqualität aller Beteiligten zu erzielen, dürften die Begegnungen zwischen Mensch und Tier in der Altenhilfe nicht dem Zufall überlassen werden, so das KDA.

Aus diesem Grund bietet das KDA in Zusammenarbeit mit dem Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln ab Februar 2006 die berufsbegleitende Weiterbildung «Tiere öffnen Welten – Fachgerechter Einsatz von Tieren in der Altenhilfe» an. Damit sollen Men-

schien, die im Bereich der Altenhilfe – haupt- oder ehrenamtlich – arbeiten (wollen), befähigt werden, den Einsatz von Tieren zu planen, zu initiieren, durchzuführen und Erfolgskontrollen dazu vorzunehmen.

Die Teilnehmer sollen dabei besonders für die Begegnung mit demenzkranken Menschen sensibilisiert werden. Um das zu vermitteln, wurden für die berufsbegleitende Weiterbildung Wissenschaftler und Praktiker, unter anderem aus den Bereichen Gerontologie, Altenhilfe, Pädagogik, Psychologie und Veterinärmedizin, gewonnen. Besonderes Augenmerk gilt ebenfalls dem Tierschutz, denn ganz wichtig ist, dass Tiere, die den beschriebenen «therapeutischen Aufgaben nachgehen», nicht instrumentalisiert und überfordert werden.

Der Kassenarzt

Wenn Fische schreien könnten

Das starre Äussere von Fischen verrät keinen Schmerz. Angler halten die Tiere wohl deshalb für schmerzunempfindlich. Doch Fischer – und mit ihnen viele Biologen – haben sich gründlich getäuscht: Fische spüren Schmerzen und reagieren darauf ähnlich wie Menschen und Säugetiere. Das fanden schottische Forscher in Versuchen mit Regenbogenforellen heraus. Bislang gestanden Biologen nur Vögeln, Säugetieren und unter Vorbehalt auch Amphibien ein Schmerzempfinden zu. Das Forscherteam vom Roslin-Institut in Edinburgh hatte Forellen Bienengift und Essigsäure in die Lippen gespritzt. Darauf weigerten

sich die Fische über drei Stunden lang zu fressen. Stattdessen rieben sie sich die Lippen am Kies auf dem Beckengrund, begannen hastig zu atmen und wippten von einer Flosse auf die andere. Ähnliche Verhaltensweisen kennen Biologen von Affen und anderen Säugern, die bei Schmerzen von einem Fuss auf den andern treten. Bei physiologischen Untersuchungen entdeckten die Forscher zudem alleine im «Gesicht» der Forellen 58 Schmerzsensoren. Vermutlich sei auch der Rest des Körpers mit den Sensoren bestückt. Wie bei Säugern würden diese bei Hitze, Schmerz auslösenden Chemikalien und Verletzungen aktiv, berichten die Biologen im Magazin «Proceedings of the Royal Society: Biological Sciences». Besonders heftig reagierte die Fischhaut auf mechanische Verletzungen: Da seien Fische wohl etwa so empfindlich wie Säugetiere in den Augen.



Möglicherweise aber fühlen Fische mit ihren einfacheren Gehirnen Schmerz ganz anders als ein Mensch, schreiben die Forscher. Dennoch leiden laut dem Bericht Forellen und vermutlich auch alle anderen Essfische unter Verletzungen. «Jeder muss selbst entscheiden, ob er weiterhin nur zum Sport fischen möchte», sagt die Biologin Victoria Braithwaite. Bislang habe man Fische als zu primitiv angesehen, um sich für deren Befinden zu interessieren.

Länger die Schulbank drücken – damit unsere Arbeitslosen gescheiter sind als anderswo

Die kantonalen Erziehungsdirektoren wollen unsere Kinder zwei Jahre früher einschulen lassen; der «Kantönligeist» im Schulwesen soll abgeschafft werden. So soll unsere Bildung wieder zur Spitze Europas werden.

«Bildung ist die einzige Ressource der Schweiz», wird immer wieder überall verbreitet. Tatsächlich ist die Bildung das wichtigste Gut, welches wir Schweizer fördern können. In verschiedensten Tests (u.a. PISA) schneiden aber Schweizer Schüler (genau gesagt: Schüler von Schweizer Schulen) im internationalen Vergleich erstaunlich schlecht ab. Nicht nur international, sondern auch national fällt auf, dass es deutliche Differenzen zwischen einzelnen Regionen gibt. Neben den verschiedensten Anteilen an ausländischen Schülern ist dieses Phänomen sicherlich ein Effekt des föderalistisch geregelten Bildungswesens.

Nun melden sich die kantonalen Bildungsdirektoren zu Wort und verlangen national standardisierte Lehrpläne und eine Verfrühung der Einschulung um zwei Jahre.

Diese beiden Vorschläge sind durchaus zu unterstützen, denn die Kantons Grenzen sollen keine Hindernisse mehr für den Erfolg der Schweiz darstellen. Beispielsweise pendeln täglich Hunderte Mittelschüler aus dem Aargau ins benachbarte Basel(-biet) um ein Gymnasium zu besuchen. Dies können sie problemlos tun, wenn sie die Hürde zur Aufnahme gemeistert haben, welche um 0.7 Noten höher ist als für Basler Gym-Anwärter.

Wissenschaftlich bewiesen ist, dass der Mensch in jungen Jahren lernfähiger ist als ein Erwachsener. Das spricht also klar für eine verfrühte Einschulung unserer Kinder. Wenn unsere Jüngsten spielerisch an teilweise trockene Materie wie die Mathematik herangeführt werden, kann ihnen das nur von Nutzen sein. Beispielsweise lassen sich einfache Additionen in lustigen Spielen erlernen.

Der grosse Haken an dieser Angelegenheit aber sind die Verwendungsmöglichkeiten des Erlernen. Statistisch ist nachgewiesen, dass vermehrt junge Leute mit



Bildung ist das wichtigste Gut, das wir Schweizer fördern können.

einem abgeschlossenen Studium keine Anstellung erhalten oder nur Jobs finden, für welche eine solche gute Ausbildung keineswegs von Vorteil ist. Die regierenden Politiker haben in dieser Hinsicht versagt und können nicht garantieren, dass sowohl unsere Lehrgänger wie unsere Akademiker eine angemessene Stelle finden. Somit verschleudert der Staat jährlich Millionen für die Ausbildung von top-qualifizierten Spezialisten, welche er nach der Ausbildung im Regen stehen lässt. Stattdessen sollen neuerdings im Ausland erhaltene Diplome mit ei-

nem schweizerischen Abschluss gleichgestellt werden (Cassis-Dijon-Prinzip). So werden schlechter qualifizierte Ausländer (aber mit dem gleichen Diplom) mit unseren Kaderleuten in Konkurrenz treten können. Wer diesen Kampf gewinnt, lässt sich, mit dem Hintergrund der verschiedenen Lohnforderungen ausländischer und einheimischer Job-Anwärter, ganz einfach beantworten.

Im Allgemeinen sind diese beiden Vorschläge der Erziehungsdirektoren also zu unterstützen, sollten aber an die Forderung geknüpft sein, eine aktive Politik gegen (Jugend-)Arbeitslosigkeit zu betreiben.

Abstimmung am 21. Mai 2006:

Stimmfreigabe zum Bildungsartikel

Die SD-Parteileitung hat zum so genannten Bildungsartikel Stimmfreigabe beschlossen.

Stimme

Schändung der Schweizerfahne durch Islamisten

Der Streit um die Mohammed-Karikaturen eines Dänen weitete sich schier grenzenlos aus. Aus Schweizer Sicht ist ein Höhepunkt erreicht worden; unsere Fahne ist von Islamisten geschändet und verbrannt worden.

In der gesamten islamischen Welt toben Fundamentalisten, welche sich von den Karikaturen eines dänischen Zeichners angegriffen fühlen. Die Verspottung Mohammeds ist für Moslems inakzeptabel, was den Künstler aber nicht von seinen Plänen abhielt.

«Die Zeit» berichtet am 1. Februar von pakistanischem Kopfgeld, welches auf den Täter ausgesetzt wor-

den ist. Doch nicht nur der «Schuldige» wird heftig attackiert; im Nahen Osten brennen Botschaften verschiedenster europäischer Länder. Diese Staaten haben sich schuldig gemacht, als einzelne Medien die dänischen Karikaturen veröffentlicht haben. Die Meldung einer brennenden Botschaft der Schweiz ist bis anhin noch nicht erfolgt. Dass dies aber eintritt, ist gut möglich, da auch der «Blick» die besagten Zeichnungen hat abdrucken lassen.

Das Schweizer Fernsehen berichtet täglich von den Ausschreitun-



Schweizerfahne – Sommerimpression aus Kandersteg

gen zwischen radikalen Muslimen und der Polizei. SF zeigt Aufnahmen von wütenden jungen Männern, welche Gebäude von westlichen Organisationen stürmen oder christliche Quartiere verwüsten. In einem in der Tagesschau gezeigten Ausschnitt sind Muslime zu sehen, welche unsere Schweizerfahne eindeutig schänden und schlussendlich verbrennen. Die Moderation geht aber nicht weiter auf das Geschehnis ein, sondern spricht über die allgemeine Lage.

Eine Reaktion auf diese Schmach blieb von Seiten Schweizer Politiker bislang aus. Möglicherweise macht sich der eine oder andere Gedanken über die linken Parteien, welche einen in seinem Stolz

verletzten Schweizer anprangern würden, wenn dieser versuchte, die Ehre seines Vaterlandes wieder herzustellen...

Weitere aktuelle Informationen zum Islam findet man im Internet unter www.zeit.de.

Schutz der Schweizerfahne

SD-Nationalrat Bernhard Hess wollte eine gesetzliche Grundlage zum Schutz der Schweiz einführen. Leider haben sowohl Bundesrat wie auch Nationalrat diese SD-Motion kürzlich abgelehnt.

Eisbären im Bärengraben...

Zum Glück sind die Menschen auf dieser Welt nicht alle gleich, sondern ganz verschieden. Ihrer jeweiligen Heimat angepasst. Darum gehören z.B. Europäer nach Europa und Afrikaner nach Afrika. Es würde ja auch niemandem einfallen, Eisbären in den Bärengraben zu verfrachten und dann zu diskutieren, wie man die Wüste eisbärengerecht machen könnte.



Von Feinstaub bis Männer-Diskriminierung! – Von Einsichtslosigkeit bis ideologische Sturheit!

Der Monatskommentar von e. Nationalrat Valentin J. Oehen



e. Nationalrat
Valentin J.
Oehen, Köniz

Die Wetterlage zu Beginn des Monats Februar deckte unsere Vergehen gegen die eigenen Lebensgrundlagen schonungslos auf! Weil der Feinstaub, den wir in immer grösserer Menge produzieren, nicht mehr den lieben Nachbarn hinübergeweht, resp. nicht über die Verdünnung nach oben oder die Verlagerung ins Wasser und ins Erdreich aus dem direkten Erfahrungsbereich «entsorgt» wurde, schrillten die Alarmglocken. Und – unerhört – für ein paar Tage musste eine so «entsetzlich» einschneidende Massnahme wie die Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen auf 80 km/Std. erduldet werden.

Und es wurde sogar davon gesprochen, bei neuerlichen vergleichbaren Situationen ein partielles Autobenutzungsverbot (selbstverständlich mit zahllosen Ausnahmen!) zu erlassen. Die Filterpflicht für Dieselfahrzeuge scheint nach diesen jüngsten Erfahrungen sogar politisch durchsetzbar zu werden. **Dies, obwohl Nationalrat U. Schlüer in seiner «Spalte rechts» der «Schweizerzeit» in von ihm ungewohnt einsichtsloser Art über das Thema geblödel hat.**

Immerhin ist die Tatsache unbestritten, dass Atemwegserkrankungen, irreversible Lungenschäden und vermehrte Herz-Kreislauf-Erkrankungen in unserer Bevölkerung in einem klaren Zusammenhang mit der Feinstaub-Belastung stehen.

Da aber deswegen die Sterblichkeit «nur» um ca 5% ansteigt, die Invaliditätsdauer der Erkrankten aber umso länger wird, ist das für die wachstumstrunkenen Zeitgenossen kein Grund zur Beunruhigung. Immerhin tragen Chronisch-Kranke wesentlich zur Steigerung des Bruttosozialprodukts bei!

Kein Gedanke wird auch an die Tatsache verschwendet, dass das Grundübel in der andauernd steigenden Bevölkerungszahl (=Bevöl-

kerungsdichte) und ihren zivilisatorischen Tätigkeiten – multipliziert mit den verwendeten Technologien – bestehen dürfte.

Auch mit Dieselfiltern, verbesserten Heizungssystemen und sparsameren Motorfahrzeugen wird das Problem unlösbar bleiben, wenn – sich der Wohnungsbestand jährlich um ca 25 000 Einheiten erhöht; – jährlich 30 000 PKW mehr auf unseren Strassen herumkurven; – der LKW-Verkehr weiter zunimmt und – der Verbrauch an fossilen Energieträgern dank ungezieltem Wirtschaftswachstum weiter steigt.

Es ist schlicht unbegreiflich, dass die Unmöglichkeit des Dauerwachstums auf allen materiellen Ebenen nicht erkannt wird. Oder ob wohl einfach dem Motto «après nous le déluge» nachgelebt wird?

Arbeitslosigkeit in der Schweiz! – Leiden wir wirklich unter zu wenig Arbeitsplätzen?

Im Jahrzehnt 1990/2000 hat die Bevölkerung der Schweiz um 7,6% zugenommen. Damit liegen wir mit Abstand an der Spitze der prozentualen Zunahme aller umliegenden Länder.

(Österreich +4,5%; Deutschland +3,4%; Italien +2,2%)

Und in den vergangenen 5 Jahren ist die Bevölkerung der Schweiz – vor allem wegen des Migrationsüberschusses – um weitere 250 000 Personen gewachsen.

Es ist schon als logisch zu bezeichnen, dass auch die Zahl der Erwerbstätigen in dieser Zeit um 100 000 Einheiten gestiegen ist. Von den Menschen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren stehen rund 81% im Erwerbsleben – das ist nahezu Weltrekord! – nur Island hat einen noch höheren Prozentanteil.

Da die Grenzgänger keiner Kontrolle mehr unterliegen, wissen wir nicht einmal über deren Bestandesentwicklung Bescheid. Vermutlich queren zur Zeit täglich an die 200 000 Personen die Landesgrenze, um hier einen Arbeitsplatz zu besetzen.

Zur Zeit weisen wir 3,9% der erwerbsfähigen Bevölkerung, d.h. 154 204 Personen als arbeitslos aus. Es erstaunt wenig, dass die

Arbeitslosenzahlen in den Grenzkantonen Genf, Waadt, Wallis, Tessin, Neuenburg, Jura und Basel-Stadt deutlich über dem nationalen Mittel liegen.

Alle die angeführten Zahlen weisen doch auf eine äusserst dynamische Wirtschaftsentwicklung hin. Sie stehen in Übereinstimmung mit der Verbesserung der Konsumentenstimmung und den Rekordgewinnen grosser Unternehmen.

Ich bin allerdings wenig geneigt, von einer positiven Entwicklung, als vielmehr von einem schleichenden Selbstmord zu sprechen.

Der kritische Blick in unsere Umwelt und die täglichen Staumeldungen im Radio bestätigen diese pessimistische Beurteilung.

Aber – und das ist das Traurige – man nimmt diese Entwicklung nicht zur Kenntnis, resp. man macht in Bewusstseinsverweigerung!

Eine Grossmutter zeichnet sich durch Sturheit aus!

Nein, sie leidet sicher nicht an Alzheimer, schon eher an ideologischer Verblendung – die Grossmutter auf dem Bundesratssessel! Dass Frau Calmy-Rey im aussenpolitischen Bereich einen gefährlich-neutralitätsgefährdenden Kurs fährt – daran haben wir uns bereits gewöhnt. Dass sie aber ganz klar Männer wegen ihres Geschlechts diskriminiert, um die Frauenquote bei den Diplomaten zu erhöhen, das ist neu. Die Tatsache, dass der Tessiner Ständerat Dick Marty und die beiden Professoren Pierre de Senarclens und François Hainard ihren sofortigen Rücktritt aus der Zulassungskommission für den diplomatischen Nachwuchs erklärt haben, um damit gegen die Willkür von Frau Calmy-Rey zu protestieren, beweist den Ernst der Lage. Am Fernsehen konnte man die unbeholfenen Erklärungen der Bundesrätin – wie üblich vorgetragen mit dem breiten Grinsen à la Dimitri – goutieren. Viel oberflächlichere Begründungen sind kaum noch denkbar, ist doch die Geschlechterparität als politisches Ziel in derart zeit- und nervenfressenden Berufen völlig verfehlt.

Was wir brauchen, sind die fähigsten Frauen als Mütter, die ihre Qualitäten weiter vererben und in der Erziehung des Nachwuchses Hervorragendes leisten.

Zu denken ist an den Ausspruch einer ungarischen Gräfin, die nach dem Zweiten Weltkrieg prophetisch verkündete:

«Gebt dem deutschen Volk gute Mütter und ihr werdet ein gutes Volk erhalten.»

Der gleiche Wunsch ist je länger je mehr auch für unser Volk gerechtfertigt!

Hinzuweisen ist auch auf die Ausführungen von e. Nationalrat Dr. J.J. Hegg im «Schweizer Demokrat» Nr. 2/2006 unter dem Titel «Schweizer Kinder braucht das Land». Es ist hier ein Absatz zu zitieren, der im Zusammenhang mit der Aktion von Frau Calmy-Rey von besonderer Bedeutung ist:

«40% der Akademikerinnen bleiben in der Schweiz kinderlos! Je höher der Bildungsgrad, umso kinderärmer ist der Bevölkerungsanteil. Frauen mit einfacher Bildung haben im Durchschnitt 1,8 Kinder, solche mit mittlerer Ausbildung 1,4 und mit höherer Bildung 0,9 Kinder. Es ist also besonders der intelligente Teil unseres Volkes, der ausstirbt und durch eine Einwandererbevolkerung, die vorwiegend aus der Unterschicht stammt, ersetzt wird.»

Es ist halt trotz aller im Trend liegenden Ideologien der Gleichmacherei so, dass die Frauen die Kinder gebären und für ihr Gedeihen in der frühkindlichen Phase die entscheidende Rolle spielen.

Dass damit bei der Erziehung von z.B. drei Kindern ein Stillstand im ausserhäuslichen Beruf unvermeidlich ist, dürfte wohl zu verschmerzen sein, ist man sich der Bedeutung der Mutterschaft, die weit über jeder Berufskarriere steht, erst mal richtig bewusst.

Ob allerdings derartige Überlegungen bei Frau Calmy-Rey ankommen, wage ich zu bezweifeln. Dazu scheint sie mir zu links-ideologisiert zu sein.

Unsere Gesellschaft wird den Verlust an guten Müttern im Interesse der weiblichen Berufskarrieren noch teuer zu bezahlen haben. Der Mutter und Grossmutter im Bundesrat werden darob schwere Vorwürfe nicht erspart bleiben, denn gerade sie müsste eigentlich die Problematik erkennen.

Exklusiv-Interview mit Ahmad Huber: Islam als Gefahr?



Ahmad Huber, 79, seit über 40 Jahren verheiratet, 6-facher Grossvater, war von 1956 bis 1997 Bundeshaus-Journalist (1956–89 für die gesamte SP-Presse). Ab 1970 wirkte Huber weltweit als Redner in islamischen Bewegungen, wiederholt war er auch in Iran. Huber lernte auch Nasser, Ben Bella, Gaddafi, Sadat und Khomeini persönlich kennen. Als Verwaltungsrat der AL-TAQWA-Entwicklungshilfe-Organisation kam Huber 2001 auf eine «Terroristen»-Liste des USA-Regimes. Die Schweiz hat ihr Verfahren gegen Huber in dieser Sache 2005 eingestellt. In der Armee (Artillerie) brachte Huber es bis zum Oberleutnant, wurde aber als «Subversiver» (500 Bundespolizei-Fichen!) mehrmals zur Disposition gestellt. Aus der SP wurde Huber 1994 wegen «Rechtsextremismus» ausgeschlossen.

Schweizer Demokrat: Ahmad Huber, bedroht der Islam die Schweiz?

AH: Nein. In unserer Schweiz leben über 6 Millionen Menschen, wovon über 1 Million Ausländer, von denen 350 000 Muslime sind. Trotzdem; 1960 lebten in der Schweiz etwa 2000 Muslime – heute sind es, wie gesagt 350 000 (vielleicht sogar fast 400 000), und eben dies ist eine nicht normale Zunahme. Auch wenn die grosse Mehrheit dieser Muslime von der Schweizer Wirtschaft als Arbeitskräfte in unser Land geholt wurden – ich kann, gerade als Muslim, die Ängste unserer Landsleute sehr gut verstehen!

SD: Wir Schweizer Demokraten fordern einen Stopp, ja Abbau des Ausländerbestandes in der Schweiz. Wie beurteilen Sie die Ausländer-Politik der SD?

AH: Es wird Sie vielleicht überraschen: Alle muslimischen Staaten haben dieselbe, ja, noch eine härtere Ausländer-Politik als die SD.

SD: Wie das?

AH: Linke und Grüne in der Schweiz werden es nicht gerne hören: aber: Als Ausländer kommt man in ein muslimisches Land nur als Tourist (mit Geld!). Oder als Diplomat und Entwicklungshelfer (für beide muss das Ausland bezahlen!). Flüchtlinge werden aufgenommen, wenn sie

Opfer von Katastrophen oder Krieg (im Nachbarland!) sind. Politisch Verfolgte werden nur aufgenommen, wenn sie dieselbe politische Ideologie wie das Regime des Gastgeberlandes vertreten, Asyl wird auch nur an solche Leute gewährt. Und nun das Wichtigste: Eingebürgert wird nur in Ausnahmefällen, wobei hierfür die Staatsspitze zuständig ist; Eine interessante Ausnahme: Ausgerechnet die im Westen so viel geschmähte Islamische Republik Iran hat während des sowjetischen Afghanistan-Krieges und während des irakischen Saddam-Regimes über 5 Millionen schiitische und sunnitische Flüchtlinge aus Afghanistan und Irak aufgenommen!

SD: Sie, Ahmad Huber, sind seit über 40 Jahren Muslim – warum eigentlich?

AH: Ich stamme aus einem wunderbaren protestantischen Elternhaus und ich wuchs im katholischen Fribourg auf, wo ich im College St. Michel tolle katholische Priester und Mönche (damals, vor 1943) als Lehrer hatte. Doch als Karl-May-Fan interessierte ich mich früh für den Islam, und als Sozialdemokrat (1952–1994) war ich fasziniert von der ägyptischen Revolution (ab 1952) unter Gamal bd al-Nasser und von der Algerischen Revolution (ab 1954). So trat ich 1960 erstmals sehr diskret in Genf zum Islam über und 1963 dann in Kairo, in Al-Azhar, hoch offiziell. Was dann in der Schweiz zu Wirbeln führte!

SD: Wie?

AH: Ich verlor wegen meiner – als Muslim – proarabischen und israelkritischen Haltung dreimal meinen Arbeitsplatz: 1967 feuerte mich die SP als Bundeshausredaktor der damaligen, noch starken SP-Presse, 1977 entliess mich die «Weltwoche» und 1989 wurde ich durch den Ringier-Verlag vorzeitig pensioniert. 1994 wurde ich wegen «rechtsradikalen Kontakten», «Khomeinismus» und «Antifeminismus» aus der SP Schweiz ausgeschlossen. Und 1997 schloss mich die Vereinigung der Bundeshaus-Journalisten aus, wodurch ich nicht mehr als freier Bundeshaus-Journalist arbeiten konnte. Seither arbeite ich – unentgeltlich – als Kommentator für Radio Teheran (deutsch-französisch-englisch) und habe wahrscheinlich ein grösseres Publikum als jemals zuvor...

SD: Zurück zu Ihrem islamischen Glauben, Was fasziniert Sie am Islam?

AH: Al-Islam – Frieden (salam) gewinnen durch Unterwerfung unter das Göttliche, durch Achtung und Bewahrung der Schöpfung und durch Gerechtigkeit gegenüber allen Geschöpfen – ist die Ur-Religion, der Ur-Glaube und das Ur-Wissen der Menschen. Als ich in Kairo 1963 den Islam annahm, sagte mir Scheich Mahmud Schaltut, der damals höch-

ste Geistliche Ägyptens; «Du bist jetzt ein Ur-Hindu, ein Ur-Buddhist, ein Ur-Jude und ein Ur-Christ geworden!»

SD: Erklären Sie uns das.

AH: Jeder Mensch braucht in seinem Leben eine «Weltanschauung», und das bieten – seit Jahrhunderttausenden – auch alle menschlichen Gemeinschaften. Dort heisst es dann «Religion». Und um diese «Religionen» bilden sich dann eben Priesterschaften. Sogar die atheistische Sowjetunion besass ihre «Religion», den Marxismus-Leninismus, und ihre «Kirche», die Partei. Bei den echten Weltreligionen – Hinduismus, Buddhismus, Judentum, Christentum und Islam (um nur die wichtigsten zu nennen) – geht es um dreierlei: Um die Beziehung des Einzelnen (und der Gemeinschaft) zum Göttlichen, um die Verantwortung gegenüber der Schöpfung und um die Beziehungen der Menschen untereinander (Sitte, Recht, Solidarität usw.). Nun hat sich das Göttliche den Menschen unserer Erde (und wohl den Geschöpfen aller Universen;) immer wieder offenbart – in der Natur, im Menschen selbst und über Offenbarungen an «erwählte» Männer und Frauen. So haben wir die Veden, das Popol-Vu, das Zend-Avesta, die Edda, die Bibel und den Quran. Weil die Menschen die Offenbarungen («Heilige Bücher») immer wieder verändert, ja, verfälscht haben, bestätigte und korrigierte das Göttliche («Allah») diese Texte durch eine letzte Klarstellung zuhanden aller Menschen – eben durch den Quran al-Karim, den Glorreichen Quran. Dieser Quran ist eine Kampfansage an jede «Theologie»: Allah offenbart sich den Menschen in einer Weise, die einen gegen jeden Atheismus und Agnostizismus immunisiert! Deshalb gibt es heute in der muslimischen Welt (dar al-islam) kaum Atheisten oder Agnostiker, auch unter westlich «aufgeklärten» Muslimen nicht. Doch das grösste Problem der heutigen Muslime ist ihre Unwissenheit. Deshalb hatte schon unser Prophet Muhammad (570–632) – Allahs Frieden und Segen über ihm; – gesagt: «Die Tinte des Schülers ist köstlicher als das Blut der Märtyrer» und «trachtet noch Wissen und wenn ihr bis nach China gehen müsst».

SD: Trotzdem wirken viele Muslime, muslimische Staaten, ja, der Islam eher negativ auf uns Westler.

AH: Leider, ja. Der Prophet Muhammad (Allahs Frieden und Segen über ihm) hat ja bereits vor fast 1400 Jahren gesagt: «In der Endzeit wird es viele Muslime und wenig Islam geben» und «in der Endzeit werden sich bei den Juden 71 Gruppen streiten, bei den Christen 72 und bei den Muslimen 73!» Nebenbei: Im Jahre 1900 besuchte der höchste Geistliche Ägyptens, Muhammad Abdu, die Schweiz. Später schrieb er dann:

«Ich komme aus einem Lande, Ägypten, wo es viele Muslime gibt, aber wenig Islam – und jetzt war ich in einem Land, der Schweiz, wo es keine Muslime gibt, aber wo ich überall Islam spürte und sah!» Und Muhammad Abdu wies dann auf ... Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sozialpolitik, Würde der Frauen usw.» hin. In der Schweiz von damals.

SD: «Würde der Frauen» – aber da hapert es doch bei vielen Muslimen.

AH: Zweifellos! Die Christen haben für ihre Frauenfeindlichkeit eine «Entschuldigung» – lesen Sie die frauenfeindlichen Texte bei Paulus (nicht bei Jesus – Allahs Frieden und Segen über ihm!). Die Muslime haben keine Entschuldigung, denn der Prophet Muhammad (AS) hat die wenigen «kritischen» Texte im Quran klar und verbindlich ausgelegt, und seine Praxis war eindeutig: Nie hat der Letzte Gesandte Allahs eine Frau geschlagen, im Ersten islamischen Staat wirkten die Frauen gleichberechtigt in Politik, Wirtschaft und Heer mit. Kein Entscheid durfte ohne Zustimmung der Frauen getroffen werden! Auch das haben muslimische Machos «vergessen»...

SD: Eine letzte Frage. Wie sehen Sie den Nahost-Konflikt?

AH: Es gibt ja mehrere Nahost-Konflikte! Und: Fast alle grossen Krisenherde unserer Zeit betreffen Muslime. Das Grundproblem mit Ausnahme Irans sind alle muslimischen Staaten unter direktem oder indirektem Einfluss des Weltherrschafts-Systems USA-Zion. Doch jetzt erwachen 1,3 Milliarden Muslime und kämpfen gegen dieses Weltherrschafts-System. Und entdecken wieder die politischen, ökonomischen, sozialen, rechtlichen und kulturellen Grundzüge des Islam.

SD: Was bedeutet das für Israel?

AH: In Israel sind heute 20 Prozent der Israeli Araber (vorab Muslime, aber auch Christen). Sie haben mehr Kinder als die Juden, zudem nimmt die jüdische Einwanderung nach Israel ab. In wenigen Jahrzehnten schon wird Israel ein binationaler Staat sein und später ein arabisch-jüdischer Staat, in scha Allah. Das Zeitalter Westlicher Kolonialexperimente geht eben auch in Palästina zu Ende. Man sollte gerade in unserer heute so wortreich «antirassistischen» Zeit nicht vergessen: 1948, drei Jahre nur nach dem Ende Adolf Hitlers und des Dritten Reiches, wurden durch den Westen drei Staatswesen auf rassistischer Grundlage neu geschaffen beziehungsweise konsolidiert. Die Algerie Française, Apartheid-Südafrika und Israel. In Algerien leben heute Franzosen mit algerischem Pass, in Südafrika weisse Buren – warum sollten in einem künftigen Palästina nicht Araber mit Juden zusammenleben können?

SD: Herzlichen Dank Herr Huber für das aufschlussreiche Interview.

Frühlingserwachen: SD-Liste unverändert – «Damit Bärn Bärn bleibt»!

Liebe Gesinnungsfreunde



Am 9. April 2006 finden im Kanton Bern die Erneuerungswahlen für den Gross- und Regierungsrat statt. Wir Schweizer Demokraten werden in den Wahlkreisen Bern-Stadt, Mittelland, Thun, Berner-Oberland und Biel-Seeland mit einer eigenen Grossratsliste an diesen Wahlen teilnehmen. Somit sind wir für fast 500'000 Bernerinnen und Berner wählbar. Zusammen mit der Freiheitspartei stellen wir 99 Kandidatinnen und Kandidaten, was für das heimat-treue SD/FPS-Lager einen neuen Kandidatenrekord bedeutet. Unser Regierungsratskandidat Roland Schöni wird zudem selbstverständlich im ganzen Kanton wählbar sein, also auch dort, wo wir keine eigene SD-Liste einreichen konnten. Schreiben Sie einfach den Namen Roland Schöni einmal auf den amtlichen Regierungsratswahlzettel.

Unser Wahlziel ist zweifellos das Erreichen einer eigenen SD-Fraktion – möglicherweise verstärkt durch den Bieler FPS-Polizeidirektor Jürg Scherrer, der im Listenverbindungs-bündnis mit uns kandidiert. Es ist wichtig, dass im Grossrat mit den Schweizer Demokraten wieder eine oppositionelle Partei in Fraktionsstärke ins Kantonsparlament einzieht, denn bei der regierenden Berner SVP vermisst man die Standhaftigkeit, den Asylrechtsmissbrauch endlich zu unterbinden, sowie den Willen, Sicherheit, Recht und Ordnung konsequent durchzusetzen. Dafür, und für eine mittelfristige Steuersenkung, braucht es eine starke SD-Fraktion.

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die SD-Liste unverändert einlegen. Für Ihre wertvolle Unterstützung danken wir ganz herzlich – damit Bärn Bärn bleibt!

Mit freundeidgenössischem Gruss

*Ihr Bernhard Hess, Nationalrat
und SD-Zentralpräsident*

1. Wahlkreis Bern Stadt (1 bisherigen SD-Sitz)



*Dieter Beyeler, 1948,
Stadtrat, Bern*



*Lydia Riesen, 1948,
Stadträtin, Bern*



*Robert Meyer, 1960,
Bern*

2. Wahlkreis Mittelland (1 bisherigen SD-Sitz)



*Peter Schori, 1940,
Grossrat, Spiegel*



*Oliver Bleitzhofer, 1966,
Worblaufen*



*Brigitta Matter, 1957,
Gemeinderätin,
Moos bei Köniz*

3. Wahlkreis Thun (1 bisherigen SD-Sitz)



*Christian Jungen, 1954,
Heiligenschwendi
Grossrat, Gemeinderat*



*Silvia Brandenberger,
1964, Stadträtin, Thun*



*Jürg Hofmann, 1964,
Thun*

4. Wahlkreis Berner Oberland



*Roland Schöni, 1958,
Bönigen*



*Heinz Wegmann, 1953,
Interlaken*



*Walter Brunner, 1974,
Unterseen*

5. Wahlkreis Biel-Seeland



*Andreas Beyeler, 1970,
Worben*



*Karin Stauffer, 1985,
Rüti b. Büren*



*Manuel Hurlebaus,
1980, Aegerten*

Kopf hoch Bern!



www.sd-bern.ch

Heimat im Herzen

Roland Schöni in den
Regierungsrat



Schweizer Demokraten

SD-Wahlsieg in Zürich

csz. Nach vielen herben Enttäuschungen in den letzten 15 Jahren hat die traditionsreiche Stadtzürcher Sektion der Schweizer Demokraten bei den Gemeinderatswahlen vom 12. Februar 2006 einen wichtigen Sieg errungen. Vor vier Jahren ging der letzte Sitz im Stadtparlament verloren. **Nun kehrt die Partei gleich mit drei Vertretern in den Rat zurück!**

Um dieses Ziel zu erreichen, musste in mindestens einem der neun Wahlkreise ein Stimmenanteil von 5% erreicht werden. Bei den herrschenden Parteien und den Medien traute niemand den SD, die mit dem Slogan **«national – umweltbewusst – sozial»** antraten, ein solches Resultat zu. Wir konzentrierten unterdessen unsere Kräfte auf unseren stärksten Wahlkreis, das im Osten Zürichs gelegene Arbeiterquartier **Schwamendingen**. Immer wieder traten wir dort mit flächendeckenden Verteilungen von SD-Informationsmaterial in Erscheinung. Unzählige Male standen wir bei Wind und Wetter – manchmal bei Minustemperaturen – auf dem Schwamendingerplatz und suchten das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern. Von Monat zu Monat spürten wir, wie unser Rückhalt im Quartier wuchs. Dennoch war es keine Selbstverständlichkeit, dass wir unser erstes Etappenziel beim **Wiederaufbau einer kräftigen national, ökologisch und sozial politisierenden Opposition in der grössten Schweizer Stadt** erreichen würden. Umso grösser war die Freude bei den zahlreichen im «Falken» Wiedikon erschienenen Patriotinnen und Patrioten, als am Wahlabend das Schwamendinger Resultat bekannt wurde. Mit 5,5% übersprangen wir die Hürde für den Einzug ins Stadtparlament. Ansprechende Resultate gab es auch in den Stadtkreisen 9 (Albisrieden/Altstetten) mit 4,2% und 11 (Oerlikon/ Seebach/Affoltern) mit 3,6% Stimmenanteil. Im städtischen Durchschnitt konnte der Wähleranteil zwar «nur» von 2,1 auf 2,5% gesteigert werden. Dabei ist aber zu bedenken, dass er in der Zwischenzeit einmal – bei den Nationalratswahlen 2003 – nur noch bescheidene 1,0% betragen hatte.

Die Erfolgskurve der Schweizer Demokraten zeigt also deutlich aufwärts, und unser Erfolg in Zürich wird zweifellos auch ein entsprechendes Signal für die ganze Schweiz sein.

Gewählt wurden:



Kreis 9: Ueli Brassler, Berufsschullehrer, 1952



Kreis 11: Patrick Blöchliger, kfm. Angestellter, 1977



Kreis 12: Christian Wenger, Postangestellter, 1974

Patrick Blöchliger, der schon 2001/02 dem Gemeinderat angehört hatte, erzielte zudem bei den Stadtratswahlen ein ansprechendes Resultat. Er erreichte unter 23 Kandidierenden den 15. Rang und liess damit immerhin drei von vier Kandidaten der (schon seit langem im Rat vertretenen) Alternativen Liste (AL) hinter sich. Mit ihm, dem Stadtparteipräsidenten Ueli Brassler und dem langjährigen Vorstandsmitglied und unermüdlichen Kämpfer Christian Wenger haben wir **ein starkes Team im Parlament**, von dem man noch viel hören wird.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen des Zürcher Wahltages gehört, dass die grossen Parteien SP, SVP und FdP zurückgebunden wurden. Die SVP fuhr mit sieben Sitzverlusten gar eine regelrechte Schlappe ein – die verdiente Quittung für ihre oftmals unehrliche und doppelzüngige Politik (Ost-Personenfreizügigkeit, neue Bundesverfassung, «Antirassismus»-Gesetz, Lex Koller usw.). **Gewinner waren alle kleinen und oppositionellen Kräfte. Damit ist die längst fällige Trendwende eingetreten.**

Schon zwei Tage nach dem Wahlsonntag versuchten die Wahlverlierer, unseren Parlamentariern den Anschluss an eine grosse Fraktion aufzuschwatzen. Der neu gewählte SD-Gemeinderat Patrick Blöchliger gab ihnen sofort und öffentlich eine klare Antwort: **«Wir werden eine eigenständige Politik nach den Grundsätzen «national – umweltbewusst – sozial» betreiben.** Eine Anfrage betreffend Fraktionsanschluss werden wir, woher sie auch immer kommt, dankend ablehnen (NZZ, 14.2.06).»

Eine Fraktion werden wir schon bilden, aber erst 2010, und zwar eine eigene! Wir Schweizer Demokraten werden ab jetzt im Zürcher Gemeinde-

rat genau das tun, was wir den Wählerinnen und Wählern vor dem 12. Februar 2006 versprochen haben. An erster Stelle steht der **unermüdliche Kampf gegen alle Formen der Masseneinwanderung und Überfremdung.** Nicht nur Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität, sondern vor allem auch die – viel stärker ins Gewicht fallende – Arbeitsmigration müssen gestoppt werden. Es muss mit allen Kräften Widerstand geleistet werden, damit Zürich nicht schon bald aussieht, als wäre es ein Vorort von Nairobi oder Ouagadougou, und bevor Kopftücher und Minarette das Stadtbild dominieren. **Dem unsäglichen Geschwätz von «Integration» und «Toleranz» muss Einhalt geboten werden, bevor wir uns kaputt->toleriert» haben.** Es muss wieder selbstverständlich werden, für die Erhaltung unseres Volkes – auch im Sinne einer gemeinsamen Abstammung und Kultur, nicht nur als Ansammlung von Inhabern gleicher Ausweispapiere! – einzutreten. Es darf nicht länger sein, dass Patrioten als «Rassisten» (welch dummes Schlagwort!) u.ä. abgestempelt und (von den eigenen Volksangehörigen!) ausgegrenzt werden, derweil Heerscharen von Fremden unser Land besetzen und

uns Schweizer an den Rand drängen.

Weitere zentrale Punkte unserer Politik liegen im Einsatz:

- für den umfassenden Schutz von Natur und Landschaft (Stopp der Bauerei)
- für einen starken, sozialen Staat, gegen Staatsverarmung und Sozialabbau, gegen die Lohndrückerei und die masslose Bereicherung einer eingebildeten Managerclique
- gegen Privatisierungen (Plünderung von Volkseigentum)

Vor uns liegen **weitere wichtige Ziele:** Wir wollen mithelfen, die **Aufhebung der «Lex Koller» zu verhindern**, denn damit würde unser Heimatboden endgültig der Raubgier ausländischer Spekulanten preisgegeben. Die inländischen Immobilienhaie genügen schon. Diesen wird man ohnehin ebenfalls das Handwerk legen müssen, wenn unser Land nicht definitiv zur Betonwüste verkommen soll. Auch sonst gibt es viel zu tun. Im April 2007 stehen die Zürcher Kantonsratswahlen an. Wiederum müssen in einem Wahlkreis 5% der Stimmen erreicht werden. Im Wahlkreis Zürich 11/12 sind wir schon ganz nahe dran, und jetzt geht es erst richtig los...

Nach den grossartigen drei SD-Sitzgewinnen sagt der Züri Leu zum Berner Bär:



«Wir in Zürich haben es Dir vorgemacht – jetzt ist die Reihe an Dir, lieber Berner Bär!»


Kanton Zürich


Für die SD erfolgreiche Wahlen!

Die kürzlichen Wahlen im Kanton Zürich können für die SD insofern als erfolgreich gelten, als es uns gelungen ist, die beiden bisherigen Gemeinderatssitze in Winterthur und Uster, welche der Kantonalverband zu verteidigen sich entschloss, zu behalten und in der Stadt Zürich gleich mit drei Vertretern in den Gemeinderat einzuziehen! Damit ist der unheilvolle Abwärtstrend in der Wählergunst, der uns seit dem Wechsel des Parteienamens verfolgt hat, vorerst gebrochen und in einen wenn auch mässigen Aufstieg verwandelt! Dass wir das Verliererimage los sind, war sehr wichtig. Wenn es uns am 19. März auch noch gelingt, den Gemeinderatssitz von Dübendorf zu halten, so können wir mit diesen Wahlen zufrieden sein.

Enttäuschend ist es, dass die Wählerschaft von Uster den selbstlosen Kampf des Mandatinhabers Werner Kessler um die Freihaltung einer Erholungszone am Ufer des Greifensees gegen deren Überbauung mit einer transportierbaren Gaststätte, die ein Restposten der Expo.02 ist und allgemein als Rosthaufen bezeichnet wird, nicht honoriert und im Gegenteil sogar mit einem leichten Stimmenverlust bestraft hat! Immerhin ist auch zu berücksichtigen, dass wir die Konkurrenz der neu kandidierenden EDU aufzufangen hatten. **Der Sitz von Dübendorf wird aber nur zu halten sein, wenn die Stimmbürger, die sich gegen eine weitere Zunahme der**



Wiedergewählt:
Werner Kessler,
SD-Gemeinderat,
Uster

Die kürzlichen Wahlen im Kanton Zürich können für die SD insofern als erfolgreich gelten, als es uns gelungen ist, die beiden bisherigen Gemeinderatssitze in Winterthur und Uster, welche der Kantonalverband zu verteidigen sich entschloss, zu behalten und in der Stadt Zürich gleich mit drei Vertretern in den Gemeinderat einzuziehen! Damit ist der unheilvolle Abwärtstrend in der Wählergunst, der uns seit dem Wechsel des Parteienamens verfolgt hat, vorerst gebrochen und in einen wenn auch mässigen Aufstieg verwandelt! Dass wir das Verliererimage los sind, war sehr wichtig. Wenn es uns am 19. März auch noch gelingt, den Gemeinderatssitz von Dübendorf zu halten, so können wir mit diesen Wahlen zufrieden sein.

bevölkerungsmässigen Überfremdung einsetzen wollen, auch diszipliniert zur Urne gehen beziehungsweise ihren Wahlzettel unverändert in den Wahlumschlag legen! Insbesondere sollten die leeren Linien auf diesem Zettel leer gelassen werden! Nur so haben die SD auch die Chance, genügend Stimmen für den Sitz zusammenzubringen.

Wir dürfen eines nicht vergessen: vorläufig haben wir nur die Aussicht, kleine Abordnungen in die Räte delegieren zu können! Diese kleinen Vertretungen sind aber wichtig durch das Wächteramt, das durch sie ausgeübt wird, zumal im Kanton Zürich inskünftig die Gemeinderäte die Einbürgerungskompetenz erhalten werden!



Elisabeth Cafilich tritt in Dübendorf zur Wiederwahl an.

Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf

Die nächsten Wahl-Termine im Kanton Zürich:

19. März: Gemeinderatswahlen in Dübendorf, SD-Liste 8, Sitzverteidigung Gemeinderätin Elisabeth Cafilich

26. März: Sozialbehörde in Volketswil mit «Sprengkandidat» Samuel Brünger

2. April: Gemeinderatswahlen – Kloten Sitzverteidigung, SD-Liste 7

– Opfikon/Glattbrugg Sitzverteidigung, SD-Liste 7

21. Mai: Schulbehörden

– Winterthur
– Wädenswil

Gefängnisse sind voll wie noch nie

In der Schweiz waren im Jahre 2005 über 6000 Personen im Freiheitsentzug. So voll waren unsere Gefängnisse noch nie. Seit 2002 verzeichnen die Anstalten einen starken Anstieg von Insassen. Rund 40 Anstalten verzeichneten eine Belegungsrate von 100 Prozent und mehr. Der Durchschnitt der Belegung in den Gefängnisanstalten betrug 93 Prozent. Bemerkenswert ist auch der Anteil der Ausländer. Deren Anteil betrug 71 Prozent. Nicht berücksichtigt sind

die Ausländer die in Auslieferung- und Ausschaffungshaft sitzen. Bekanntlich beträgt der Ausländeranteil in der Schweiz gut 20 Prozent an der gesamten Wohnbevölkerung. Bei diesen Ausländerzahlen kommen mir immer wieder die Worte von den Humanisten und Überfremdungsbefürwortern in den Sinn: Die Ausländer bringen uns den Wohlstand. Die Kriminalstatistiken zeigen hier wohl eine andere Tatsache.

Kurt Koller, Lichtensteig

TV-DRS: «Keine Kausalität mit Feinstaub...»

Wenn Stephan Klapproth vom «10 vor 10» oder andere Medienschaffende (Radio+Zeitungen) hoch dramatisch vom Feinstaub reden und «Experten» reden lassen, die den Bundesrat in «die Zange nehmen», können Bützer und weniger hoch bezahlte Intelligenzia nur die Köpfe schütteln. Offensichtlich wollen oder dürfen Medienleute nicht mehr logisch denken. Haben nicht Basel, Bern, Lausanne, Zürich und das Mittelland die höchsten Schadstoffwerte? Niemand aber stellt jetzt die logische Frage nach dem Warum! Niemand! Dabei weiss jeder Bauer und Handwerker die Antwort und die wäre der perfekte Schlüssel zur Lösung des Feinstaub-Problems. Je grösser nämlich die Bevölkerungsdichte, umso grösser die Schadstoffmenge, umso höher die Feinstaubbelastung. Warum aber in aller Welt darf das nicht gesagt werden? Ganz einfach, damit würde all den Heuchlern und Volksverführern die Maske vom Kopfe gerissen! Die meisten Medienleute hatten aktiv für eine Annahme der Personenfreizügigkeit

alles getan, was in einer gesunden Demokratie verboten ist (Manipulation der Meinungsbildung). Auch heute wird kräftig für die Einwanderung (Öffnung) und Einbürgerung von Hunderttausenden gearbeitet und jeder Gegner dieses Wahnsinnes wird zum Rassist gestempelt! Fahren wir heute durchs Land: Es wird gebaut wie verrückt! Wachstum heisst die kurzsichtige Devise. Jeder Einwanderer aber verteuert alles. Die Auflagen und Vorschriften werden täglich rigoroser. Mehr und mehr Arbeitsplätze müssen ausgelagert werden, die Zahl der Arbeitslosen ist über 154000 und die Fürsorgefälle übersteigen eine Million! Bei den meisten Einwanderern steht ein Auto zuoberst auf der Wunschliste. Auf alle diese Zusammenhänge angesprochen schrieb uns die «10 vor 10»-Redaktion: «Es besteht keine Kausalität (kein Zusammenhang) zwischen Feinstaubbelastung, Einwanderung und Personenfreizügigkeit...» Ist denn logisch denken bei TV-DRS verboten? *Kant. Parteileitung, SD Thurgau*

Anzeige



1. Internationaler Kongress des Alpenparlamentes
17. - 19. März 2006 in Bern - Schweiz **BEA** bern congress

«Menschheit wohin?»

Was Sie an diesem Kongress erfahren, kann Ihr Leben verändern. Dieses Wochenende soll Mitmenschen und Medien aufklären und wachrütteln! Zu diesem Anlass haben sich namhafte Persönlichkeiten als Referenten zur Verfügung gestellt. Ärzte, Heilpraktiker und Autoren aus dem In- und Ausland werden über Naturheilkunde, Gesundheit und Überlebenschancen unserer Zivilisation sprechen. Zum Abschluss ist ein spannendes Podiumsgespräch geplant.

Referenten

Dr. med. Frank André
Arzt, Sanremo Italien
Dr. Siegfried Tischler
Geo-Wissenschaftler, Österreich/Indonesien
Ekkehard Scheller
Heilpraktiker, Neubeuern
Uwe Karstaedt
Heilpraktiker, München
Martin Frischknecht
El. Ing. HTL, Schweiz
Armin Risi
Sachbuchautor und Philosoph, Schweiz
Günter Albert Ulmer
(Präsident ALPENPARLAMENT)
Präventologe und Buchautor, Deutschland
Dr. Michael W. Trogisch
Arzt Universität Bangkok, Thailand
Harry Heutschi
Finanzexperte, Auslandschweizer
Karin Parker
Menschenrechts-Anwältin, USA
Dr. med. Volker Mann
Informationsmedizin, Hamburg
DC Amerigo Biollo, USA

Korrespondenz-Adresse:

ALPENPARLAMENT
Breiten 67
CH-3636 Forst BE
Schweiz
Tel. +41 33 356 25 56
Fax +41 33 356 40 56

www.alpenparlament.com

Police Bern – Das sind die Fakten



Jürg Scherrer,
Sicherheits-
direktor der
Stadt Biel

Der Entwurf des neuen Polizeigesetzes (nPolG) zur Einführung der «Einheitspolizei» liegt, mit dem Vortrag des Regierungsrates, vor. Nun treten die Mängel und Stolperfallen der Einheitspolizei zu Tage, wovon hier nur die Wichtigsten aufgeführt sind.

Frage

Warum will der Kanton Bern die Gemeinden per Gesetz zwingen, ihre eigene Sicherheits- und Verkehrspolizei aufzugeben und die urbane (städtische) Sicherheit der Kantonspolizei zu übertragen? Ist die Kantonspolizei unterbeschäftigt und sucht zusätzliche Aufgaben? Warum soll die Kantonspolizei urbane Sicherheitsaufgaben übernehmen, obwohl sie in diesem Bereich über keine oder wenig Erfahrung verfügt, insbesondere nicht im so genannten «Community Policing», der quartierbezogenen, persönlichen Bürgernähe?

Tatsachen

Die Kantonspolizei ist personell unterdotiert und darum überlastet. Die Finanzknappheit des Kantons Bern ist notorisch. Für eine personell ausreichend dotierte Kantonspolizei fehlt das Geld.

Wenn die Kantonspolizei neue Aufgaben übernimmt, die bisher durch kommunale Polizeiorganisationen in höchster Qualität erfüllt wurden, muss mehr dahinter stecken, als «eine einzige uniformierte Polizei».

Die kantonale politische Führung hat ein Interesse, im Bereich der öffentlichen Sicherheit die operative Herrschaft zu übernehmen und die Gemeindeautonomie einzuschränken. Die vorliegend angestrebte Einheitspolizei stellt einen Zwischenschritt dar in Richtung einer über das Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich von allen Gemeinden finanzierten Polizei.

Die Einführung der Einheitspolizei kostet den Kanton Bern 55 000 000 Franken. Diese Investition tätigt der Kanton Bern nicht aus Sympathie gegenüber den Gemeinden, sondern weil sich diese langfristig

mehrfach auszahlt. Dies vor allem dann, wenn die Finanzierung der Kantonspolizei über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) erfolgen wird.

Das sagt der Regierungsrat

«Jene Gemeinden, welche die gemeindepolizeiliche Aufgabenerfüllung bei der Kantonspolizei einkaufen, können die Erfüllung dieser Aufgaben durch die Kantonspolizei umfassend steuern. (...) Auf die konkrete Erfüllung (=Vollzug) dieser Aufgaben haben die Gemeinden kaum einen Einfluss.»

Tatsachen

Was gilt nun? Können die Gemeinden die Aufgabenerfüllung nun «umfassend steuern» oder haben sie auf die «konkrete Erfüllung» kaum einen Einfluss?

Die Gemeinden haben keine Möglichkeit mehr, ihre Anordnungen und Verfügungen selbst durchzusetzen. Sie verfügen nicht mehr über die Mittel, um Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Auch die heute den Gemeinden mit eigener Polizei zum Vorteil reichende Möglichkeit des raschen, flexiblen Handelns und Reagierens geht verloren.

Das sagt der Regierungsrat

«Leistungsanpassungen, die einen Mehraufwand für die Kantonspolizei bewirken, können mit angemessener Frist – unter Berücksichtigung des Umfangs der gewünschten Leistungsanpassung und der personellen Möglichkeiten der Kantonspolizei – vorgenommen werden.

Ziel ist es, finanzielle Überraschungen zu verhindern. Die Gemeinden müssen einen Einfluss darauf haben, ob sie Mehrausgaben wollen oder nicht oder ob sie in anderen Punkten einen gewissen Leistungsabbau bevorzugen.» ...

Tatsachen

Die Anpassung der Leistungen der Kantonspolizei an sich verändernde Verhältnisse kann nur zu den vom Kanton genannten Bedingungen und mit einer massiven zeitlichen Verzögerung vorgenommen werden. Auch hier geht die Flexibilität und Handlungsfreiheit der Gemeinden verloren.

Wird eine Zusatzleistung vereinbart und dafür eine bisherige Leistung durch die Kantonspolizei abgebaut, ist dieser Zustand wieder für eine bestimmte Dauer festgeschrieben, auch wenn sich die Umstände in der Zwischenzeit geän-



SD und FPS wollen der Kantonspolizei nicht noch mehr Aufgaben aufbürden.

dert haben sollten. Wenn eine Gemeinde die Leistungen zwar bestellen, aber nicht mehr selbst ausführen kann, sondern von der Kantonspolizei abhängig ist, ergeben sich Sicherheitslücken. Bis eine Leistungsanpassung in die Praxis umgesetzt wird, vergeht viel Zeit, mit unabsehbaren Folgen für die Sicherheit in den Gemeinden. Hier manifestiert sich besonders deutlich, dass die Einheitspolizei in der Praxis schwerfällig und wenig flexibel funktionieren wird. Leistungsanpassungen erfolgen,

wenn überhaupt, nur mit enormem bürokratischem Aufwand und mit massiver zeitlicher Verzögerung.

Bescheidenes Synergiepotenzial

Gemäss aktuellsten Zahlen aus «Police Bern» gibt es zur Zeit insgesamt (Kapo und Gemeinden) im Kanton Bern 2300 Polizisten und Polizistinnen. Mit der Einheitspolizei werden gerade mal 30 Frontstellen mehr geschaffen. Das entspricht einem Synergiepotenzial von lediglich 1,3%. Dies ist nicht nur äusserst bescheiden, sondern liegt zudem im Fehlerbereich der Berechnungen.

Auf der Gegenseite steht der administrative Aufwand in Bezug auf die Koordination zwischen den Gemeinden und der Kantonspolizei. Die Jahresplanung, Schwerpunktsetzung, Steuerung von Einzelergebnissen und das Controlling bedingen einen nicht zu unterschätzenden Aufwand. Dazu kommt die kantonale Polizeikommission, in welcher bis zu 11 Personen Einsitz nehmen. Dieser administrative Aufwand reduziert das beim Uniformpersonal errechnete Synergiepotenzial von 1,3 % deutlich.

SD-Jahresversammlung 2006 mit Jürg Scherrer

Polizeidirektor Jürg Scherrer kommt am Freitagabend, 21. April, in den Thurgau! Anschliessend an die Jahresversammlung 2006 der SD Thurgau spricht der Exekutivmann und Kenner der Lage unter dem Titel «Die Bedrohung der Schweiz durch die multikulturelle Gesellschaft». Die Veranstaltung ist in Weinfelden im Hotel Thurgauerhof im Herzen des Ortes und dieser zweite Teil ist öffentlich. Reservieren Sie diesen Abend. Bitte Eingang zum Restaurant benutzen (Richtung Hotel) und Wegweiser beachten. Rückfragen unter 052 765 12 16. (Beginn: 21.00 Uhr)

Willy Schmidhauser, Präsident

Räuber werden immer dreister!

Tankshops, Banken, Geldboten, Kioske, alles wird überfallen und ausgeraubt. Die Zunahme solcher Vergehen in jüngster Zeit ist beängstigend und die Verunsicherung in der Bevölkerung gross. Was nützen uns die grossen Verhaftungsquoten mit nachweislich Dutzenden von Verbrechen? Die Verbrechen dürften gar nicht erst passieren!

Die Kriminalstatistiken zeigen beschönigende Tendenzen, denn in der Realität haben viele betroffene Bürger schlechte Erfahrungen mit zuständigen Behörden gemacht

und melden die Vergehen gar nicht mehr! Eigeninitiative und Eigenverantwortung ist gefragt!

Keine halsbrecherischen Heldentaten, aber vernünftige technische und geistige Aufrüstung. So gibt es zum Beispiel schon für wenig Geld Batteriebetriebene schrillende Funkalarmgeber und auch unser Verantwortungsgefühl für unseren Nachbarn dürfte wieder etwas aktiviert werden. Wenn wir gutgläubig und tatenlos weiter zuschauen, werden die Räuber immer dreister!

Manfred Schürch, Thörigen



Spitalkost den Muslimen angepasst

Meinem Bekannten ging es so schlecht, dass er ins Spital eingewiesen werden musste. Nach einigen Tagen der Pflege, als es ihm wieder besser ging, verspürte er Lust auf Schinken. Man brachte ihm ein Stück Trutenfleisch, das er sehr gut fand, aber das nächste Mal hätte er doch lieber richtigen Schinken. Das sei nicht mehr möglich, erhielt er zur Antwort. Schin-

ken und anderes Schweinefleisch sei in der Küche nicht mehr vorhanden. Man habe eben sehr viele muslimische Patienten (und Angestellte) im Spital, die solches nicht essen.

Man muss daraus schliessen, dass nur noch das teurere Kalbs- und Rindfleisch serviert wird, was vielleicht auch als ein kleines Mosaiksteinchen zur Anhebung der Krankenkassenprämie beitragen mag. Aber das ist bloss Nebensache. Wichtig ist zu wissen, dass wir in einer direkten Demokratie leben, wo der Wille und das Wohl der Mehrheit zählen. Eine Staatspolitik also, die nicht etwa aus irgendwelchen Gründen verwässert oder gar als zum alten Eisen gehörend betrachtet werden darf. So bedeutet es eine Beruhigung für das Volk zu sehen, dass unser Demokratieprinzip überall geschätzt wird und funktioniert – und sichtlich eine starke Zukunft hat.

Evelyn Küffer, St. Gallen

Zur Mohammed-Karikatur

Wir können von Glück sagen, dass die bei uns lebenden muslimischen Asylanten, Asylbewerber und illegalen Einwanderer trotz der schweizerischen Feinstaub-Misere und den gefährlichen Pitbulls weiterhin bei uns bleiben. Hoffentlich kommt aber hierzulande niemand auf die Idee, Mohammed-Karikaturen herzustellen. Sonst wäre

nämlich mit einer Rückkehr der bei uns ansässigen Moslems in ihre Herkunftsländer zu rechnen. Auch könnten muslimische Länder sich künftig weigern, Hilfsgelder von uns Ungläubigen entgegenzunehmen. Das wäre – beim Barte des Propheten – die eigentliche Katastrophe.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Swisscom gehört uns!

Sehr geehrter Herr Blocher
Ich bin total enttäuscht über Ihren Auftritt bei der SVP für eine Privatisierung der Swisscom und frage Sie ganz einfach, was würden Sie sagen, wenn jemand Ihnen Ihr eigenes Haus verkaufen möchte... Nun, die PTT oder heutige Swisscom gehört dem Volk, also uns allen. Sie wurde mit unseren Steuern und jahrzehntelangen Beiträgen für Postdienste aller Art finanziert. Sie wollen also unser Volkseigentum an das Volk verscherbeln in Form von fragwürdigsten Volksaktien und so die Berner Bundeskassen unrechtmässig füllen! Da kommen viele einfach nicht mehr mit. Das Volk wurde nie gefragt, ob wir eine PTT aufgeben wollen. Dabei wäre dieser Bundesbetrieb genau richtig gewesen mit möglichst guten, schnellen und billigen Diensten für Wirtschaft und Private in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jedem Tale... Heute haben wir eine Katastrophe: Viele Postbüros sind bereits ge-

schlossen, Postdienste reduziert, Preise teils gewaltig angehoben und Leute in Tälern und abgelegenen Orten müssen zittern! Anstatt möglichst günstig zu arbeiten, werden pro Jahr über 800 Millionen Franken Gewinn herausgepresst und Angestellte müssen zittern. Gleichzeitig gibt es immer mehr private Postdienste, die ebenfalls in den Gegenden herumkurven und die Umwelt unsinnig belasten (Feinstaub). So ein Schwachsinn! Gehen wir weiter zum Telefon: Handytarife sind hoch. Überall gibt es Antennen, Tag und Nacht werden alle Bürger dieses Landes bestrahlt vom Greis bis zum Kleinkind – dabei hiess es einmal im Militär: «Weg von der Antenne...» Kommt dazu, dass eine Antenne nicht «genügt» und ein Bestrahlungsfeld. Zum Swisscom-Antennenfeld gibt es ein Orange-Antennenfeld und eines von Sunrise! Alles in allem tausende von Antennen.

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Rassismus – das grösste Verbrechen

Ganz unten in der Stufe der Verbrechen rangiert, nur noch von «Terrorismus» überboten, Rassismus. Unentwegt werden neue Tatbestände gefunden und erfunden, so auch im Fussball. Der europäische Fussballverband will gegen Rassismus noch energischer vorgehen. Das bedeutet wohl, dass die Schweiz gegen die Türkei am 12. Oktober 2005 in Bern gleich 0:3 forfait verloren hätte, bzw. das Spiel gar nicht hätte angepfiffen werden dürfen, weil einige (und längst nicht alle) Fans die türkische Nationalhymne ausgepfiffen hatten, (was ja bekanntlich von den Schlägern am Bosphorus am 16. November 2005 gleich als Legitimation für ihr skandalöses und einmaliges Verhalten gewertet wurde).

Langsam aber sicher geht immer sichtbarer die Saat jener auf, die uns auch in der Schweiz das Antirassismus-Gesetz eingebrockt haben. Die zunehmend aggressiver

geführte Schlammschlacht und Diskriminierung gegen schweizerisch denkende Patrioten und national denkende Politiker nimmt langsam aber sicher unerträgliche Formen an! Antischweizerische Seilschaften wie Kreis, Stutz, Frischknecht und andere setzen sich mit Halbwahrheiten und offensichtlichen Lügen immer mehr durch. Das eigene Volk wird zunehmend eingeschüchtert, Masseneinbürgerungen, die Schweizer Staatsbürger, aber oftmals keine Schweizer machen und von den Linken bewusst gefördert, ändern zunehmend das Stimmverhalten. Toleranz scheint nur für die Schweizer gegenüber den anderen erforderlich, namentlich auch gegenüber Andersgläubigen. Noch nie war zu hören, dass sich unsere «christlichen Würdenträger» für die teilweise brutale Christenverfolgung in vielen moslemischen Staaten eingesetzt hat.

Hanny Sommer, Birr

Hauptursache: Bevölkerungszunahme

Die Akteure der deutschschweizerischen Feinstaubdebatte fordern lufthygienische Zustände wie in den 50er-Jahren, ohne jemals zu erwähnen, dass damals über 2,8 Millionen Menschen weniger in diesem Land lebten. Das gebetsmühlenartig gepredigte «nachhaltige Handeln» zeigt sich darin, dass morgens mindestens 3% Wirtschaftswachstum gefordert und abends Tempo 80 auf Autobahnen verfügt wird. Eine Hauptursache der Umweltbelastung ist das Bevölkerungswachstum von jähr-

lich 50 000 bis 70 000 Menschen. Umgerechnet bedeutet dies alle 12 Monate +2,2 Mio m³ beheizter Wohnraum, +2 Mia kWh Energie, +17 000 t Siedlungsabfall, +8000 t Sondermüll, +70 000 Motorfahrzeuge, nebst wachsendem ÖV. Für die Politiker jeder Couleur, die Umweltorganisationen WWF, Greenpeace, VCS und leider auch für die Medien ist dieses Thema tabu.

*Erwin Röllin, Zürich,
in Automobil Revue vom 15.2.06*

Dank an die SD-Redaktion

Ich möchte hiermit den «Leitartiklern» danken für die Nummer 2/2006. Die Ausführungen von Dr. Jean-Jacques Hegg, Max Morf, Valentin J. Oehen, Bernhard Hess und anderen sind (leider) nur allzu wahr. Allerdings: die «Schwäche der Regierungsparteien» (und des Bundesrates) ist offensichtlich.

Aus der Schweizergeschichte weiss ich, dass nach 1848 die Bundesräte noch Rückgrat hatten. Das war der Freisinn «alter Schule». Der ist völlig «vom Winde verweht». Jetzt tanzen wir nach der Pfeife des US-Cowboys und von Brüssel. Dank also für diese gute Nummer.

Robert Berner, Rheinfelden



La face noire de la mondialisation



Mary Meissner,
Vernier

Je vais essayer de dévoiler d'une façon clinique, une question aujourd'hui largement occultée, le monde des mafias mondialistes. Il y a longtemps que l'on connaît par bribes, les exactions des mafias sicilienne ou des triades chinoises, mais cela ne doit pas faire oublier qu'il y a d'autres groupes mafieux qui se propagent dans le monde au fur et à mesure que l'argent sale sert à acheter des biens immobiliers, industriels ou commerciaux. Un livre, sorti de presse l'année passée, sous la plume de Jean François Gayraud aux éditions Odi-le Jacob, donne une image saisissante de la géopolitique du crime organisé. Il y a neuf mafias contemporaines connues dont voici la liste probablement non exhaustive vu l'augmentation de la corruption qui s'infiltré partout, même en Suisse pays qui occupe la septième place sur l'échiquier international. Il y a Cosa Nostra en Sicile, la Cosa Nostra américaine issue de l'émigration italienne, Sacra Corona, Unita des Panides» Ndranghila de Calabre, Camora de Campanie, mafia turque, mafia albanophone, Yakuza du Japon et Triades chinoises. Concernant les mafias russes et colombiennes en train de se structurer, elles ont vite compris le système incolore et inodore de la corruption sous toutes ses formes, face au terrorisme brutal et visible plus facile à combattre. Le mot démocratie cache en réalité au Japon, en Italie ou en Albanie pour ne citer que ces pays-là, d'inquiétants facteurs criminels manipulant en coulisse les élus du peuple dont quelques uns se réveillent, s'inquiètent et dénoncent le procédé inacceptable. Ils ont même créé une association s'intitulant «*Transparency International*», qui défend d'abord les initiés repentis osant accuser les malversations officielles, les copinages et les arrangements financiers profitant à leur «*famille*».

Pourrait-on également supposer que le terrorisme serait un paravent servant à cacher la destruction de l'ancien monde que l'on découvrirait, une fois les scories dissipées, avec horreur et désespoir? Dans notre société supermédialisée, le repérage des vraies menaces n'est pas facile. Le WEF de Davos illustre partiellement le piège mondial sous le spectaculaire et l'événementiel qui accaparent les esprits dans le sens désiré. La représentation idyllique du monde est une manipulation trompeuse, cachant savamment les turpitudes en plein essor.

Le monde des mafias essaie de changer le paradigme criminalogique en minimisant les actes mafieux pour blanchir les agresseurs au détriment des victimes. Le mafieux doit incarner le criminel socialement et pénalement invisible allant jusqu'à l'innocenter. Les tribunaux nous montrent un exemple frappant en distribuant les sursis et des amendes minimes, souvent la relaxe, à des criminels notoires. Donc il n'y a qu'un pas à franchir pour inclure dans le monde des mafias, presque tout le système judiciaire, contaminé par un changement de mentalité désespérément humaniste vis-à-vis des dictateurs en fuite, des voleurs en col blanc, des trafiquants de drogue ou d'armement.

Désormais, dans un nombre de pays sans cesse croissant, les mafias ont la capacité de conditionner des secteurs cruciaux de la vie publique et privée. Il y a d'abord les scrutins politiques magouillés, les marchés économiques faussés, les arts surcotés, le sport bidouillé et j'en passe. Les électeurs, mandataires ou actionnaires publics doivent désormais cohabiter avec des mafieux sans scrupule et méconnus, ceci aussi grâce à l'Internet qui devient un support indispensable à toutes sortes d'arnaques.

On ne doit plus s'étonner de tant d'OPA malveillantes, de pertes boursières qui éclatent, de délocalisations injustifiées ou de crimes impunis sous couvert de raison d'Etat, de guerres injustifiées ou de prisons secrètes. La protection de l'environnement est un mythe. L'industrie des ordures et des déchets toxiques est dominée par une mafia n'ayant aucun souci des



lois protégeant la santé humaine, la faune et la flore. La lutte contre la pollution coûte trop cher et les mafieux ne s'intéressent qu'au profit à court terme. Incluons dans cette catégorie de pollueurs Monsanto et autres multinationales produisant des OGM et de dangereux pesticides, les chercheurs militaires dans leurs laboratoires inventant des produits mortels et surtout des vaccins dangereux, les vivisectionneurs sans cœur et les éleveurs d'animaux à fourrure qui

payent les bourreaux canadiens pour qu'ils massacrent les bébés phoques sur la banquise. L'Union européenne qui prévoit d'agrandir son territoire en incluant des pays comme la Turquie, les pays de l'Est, l'Albanie, le Kosovo ou la Serbie, tous infiltrés et téléguidés par des mafias économiques, financières et ne rechignant pas sur le trafic d'êtres humains, préparent aux populations occidentales des lendemains qui chantent.

Le Pileri

L'islam à la conquête du monde

Il n'y a qu'à regarder le globe terrestre pour se rendre compte que l'islam, malgré les Ben Laden et autres fanatiques et grâce aux migrations, regroupements familiaux et naissances multiples, s'islamise de plus en plus vite.

Les Occidentaux, attaqués de toutes parts, qui font de moins en moins d'enfants et changent de religion et de croyances, se laissent faire passivement sans réagir. Ainsi à Bâle, le musée des cultures expose les beaux côtés de la manière de vivre des musulmans, se gardant bien de parler des lapidations, des crimes familiaux ou des femmes disparaissant sous des burkas sombres et disgracieuses. Des écoles emmènent les enfants jour après jour à ce Musée afin de les endoctriner. A écouter les commentaires on se croirait aux portes du Para-

dis. Mais il y a mieux. Dans une bourgade française, le maire communiste à refusé des subventions à ses paroissiens catholiques pour rénover leur église qui tombe en ruines, mais en parallèle il accorde les fonds nécessaires à la construction d'une mosquée.

Décidément on tombe de Charybde en Scylla, est-ce pour effacer les re-lents caricaturaux de Mohammed le prophète?

N'étant aucunement portée sur le côté religieux de mon existence, j'ai bien peur que tout cela conduise à de nouveaux conflits, comme tous ceux qui ont ravagés la planète depuis l'apparition de l'homme et de ses peurs absurdes.

La grève de Boilat

A quoi servent vraiment ces grèves qui ravagent les esprits, vident les porte monnaie et engendrent des haines inexplicables? Serions nous revenus au temps de Marx et d'Engels qui prênaient la lutte des clas-

Suite de page 13.

ses? Dans ce conflit de Reconvilier, qui apparaît plutôt comme un entêtement moyennageux, on ne voit qu'une situation qui porte préjudice à d'autres PME pas du tout impliquées. De Reconvilier à Dornach où la direction de Swissmetal voulait transférer quelques machines avec les ouvriers, il n'y a pas la distance d'un océan! Combien de frontaliers viennent de Lyon et même de Nice, pour travailler à Genève? Et si je ne me trompe, ce déplacement fut un des arguments qui déclencha la grève.

Il faut être grand clerc pour comprendre ce qui pousse des ouvriers modernes utilisant Internet et des portables, à agir comme des en-

fants sans cervelle qui ne savent pas compter et mettent en péril leur gagne-pain.

Course automobile

Merci au Conseil fédéral d'avoir refusé l'initiative parlementaire demandant l'ouverture d'un circuit de formule 1 dans le pays, en annulant l'interdiction décrétée il y a plus de 50 ans. Espérons que le Parlement suivra cette attitude.

Alors que l'on parle de plus en plus de la pénurie de pétrole, de la pollution engendrée par ce combustible, et du bruit devenant une nuisance nationale, alors que l'on restreint de plus en plus la vitesse sur les routes et que l'on renforce les conditions d'octroi du permis de

conduire, voilà qu'un illuminé dépose une initiative parlementaire allant à l'encontre de toute logique qui lutte aujourd'hui contre la pollution sans compter l'augmentation du prix au baril.

Deux poids et deux mesures

Il est étrange que d'une part les médias se défendent avec acharnement sous le couvert de la liberté d'expression, concernant les caricatures anti-musulmanes, alors que dans le même temps, ils se taisent ou louvoient en regard des événements israélo-palestiniens souvent critiqués à mauvais escient. D'autre part, si l'on défend les caricatures musulmanes avec le glaive de la liberté d'expression,

pourquoi arrêter et amender les révisionnistes qui font exactement la même chose vis-à-vis d'Israël? Pourquoi exige-t-on des Iraniens qu'ils renoncent à l'atome, alors qu'aucune puissance ne demande à Israël d'en faire autant? Ces deux pays sont dans la même région et ne font pas partie de l'AIEA et chacun invoque la liberté de décision nationale?

Où se trouve l'idéologie des droits de l'homme qui ai de la liberté d'expression un logo universel? En toute logique, les musulmans agissent comme les juifs. Ils défendent leur foi. Pourquoi n'invoquent-ils pas l'article 261 bis de notre constitution en Suisse, ou le même de la loi Gayssot en France, ce serait plus clair pour tout le monde!

Octopus

Une nouvelle guerre se prépare-t-elle à nos portes?

En voyant ces derniers temps sur le petit écran, les explosions terrifiantes de haine éclater dans les rangs des barbus autour du globe à cause, de quelques malheureuses caricatures, j'ai froid dans le dos et je sens que nous dansons sur un volcan. Je l'ai répété mille fois dans ce journal. Les tensions montent et la fureur n'a plus de limite lorsqu'il s'agit de deux civilisations diamétralement opposées vivant sur une seule planète, se prétendant toutes deux être l'alpha et l'oméga d'une vérité divine. Mais derrière ces prétentions religieuses qui incluent aussi les sectes diverses, y aurait-il autre chose de plus terre-à-terre?

J'ai assisté lors de mes voyages à des confrontations sanglantes entre chrétiens, juifs et musulmans, sans compter dans les années 55-60 les révolutions en Pologne, Hongrie, Tchécoslovaquie, Allemagne entre communistes et démocrates.

Plus proches, il y a eu le Liban en 1975 et 82 entre l'OLP et les Kataeb, Chypre en 1974 entre les Turcs et les Grecs, en 1969 à Jérusalem entre l'Égypte et Israël, en 1976 en Rhodésie entre les Zimbabwéens et les Anglais, en Afrique du Sud au moment de l'apartheid entre Africains et Britanniques, au Sri Lanka entre Tamouls et bouddhistes et j'en passe. Partout il y avait un dénominateur commun: une lutte de civilisation. De nos jours, ces luttes éclatent en Afghanistan, au Pakistan, au Bangladesh, en Irak, en Palestine, en Syrie, au Liban, au Maroc, en Libye, etc. où les drapeaux occidentaux sont

brûlés par des barbus en colère. Tout ceci en plus des attentats terroristes, de l'Intifada et des suicides en pleine foule. Je me demande si ce déploiement de violence ne cache pas quelque chose de beaucoup plus grave?

Car en parallèle, on voit le prix du pétrole grimper, l'or reprendre de la valeur, certaines maladies se propager étrangement, les multinationales imposer leurs lois, les mafias prendre du poil sur la bête, la conception nationale disparaître, l'athéisme prendre de la hauteur, les déchets envahir nos terres et nos forêts, nos animaux sauvages disparaître, l'esclavage moderne revenir en force et les Bourses éclater au moment opportun. La guerre à l'Irak s'est déclenchée au moment où Saddam Hussein a décrété qu'il vendrait son pétrole contre des Euros. Là, l'onde SAM a trouvé la parade en accusant l'Irak d'avoir des armes cachées. Il entraîna derrière lui plusieurs partenaires occidentaux y compris les Britanniques en première ligne. Maintenant, l'Irak agit de même et tient bon concernant l'atome et naturellement vendant son pétrole à la Chine, la Russie et l'Inde contre des monnaies qui n'ont rien à voir avec le \$, Bush prépare un autre mensonge accusant ce pays de fabriquer la bombe atomique et menace de lui faire la guerre.

Nous qui dénoncions mois après mois la folie boursière faisant du monde un énorme casino, et qui prévoyons un énorme crack mondial lorsque les monceaux de papier dollars s'écrouleront, nous avons senti venir ce moment tragi-

que où plus personne ne voudra payer ou être payé avec des \$ qui ne valent plus rien depuis qu'à Bretton Wood, les USA décrétèrent la couverture or des monnaies inutile. Pourquoi Bush déteste-t-il tant les Chinois, Chavez, Castro, Hussein et Poutine, plus le premier ministre iranien? Parce que ces gens refusent l'obédience aux États-Unis et par conséquent au \$. Ils se tournent tous vers l'Euro, le yuan ou le rouble. Ce qui provoquerait la fin de l'empire étasunien dont la fortune papier n'aurait aucune valeur autour du monde et la planche à billets ne vaudrait plus rien. Donc, il faut à tout prix que la Banque fédérale américaine continue à dicter le cours des monnaies et si elle craque, elle entrainera avec elle un chapelet de désastres. Cela vaut bien une guerre!

Alors quoi de plus simple pour la provoquer que de violer les foules musulmanes facilement inflammables, hurlantes et revanchardes qui n'ont pas peur de mourir pour Allah! Le prétexte sera d'autant plus logique qu'il sera spectaculaire et cachera les vrais enjeux: le \$ sera sauvé. N'y a-t-il pas déjà un arrangement avec les pays du Golfe que les USA soutiennent à condition qu'ils n'acceptent que des \$ en paiement de leur pétrole? Exactement ce qui s'est passé en Irak après la suspension du programme «pétrole contre nourriture».

Ce matin sur Internet un Russe a même donné la date exacte du début de cette nouvelle guerre: le 28 mars prochain lorsque les USA seront prêts.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
- Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Conséquences de l'ouverture Schengen

Dans la presse quotidienne genevoise, on parle ces jours de la mendicité qui augmente d'une terrible façon dans les rues. Ce sont des étrangers dont la plupart se doublent de voleurs très astucieux. Entre les Africains du Burkina Faso et autres régions du continent noir qui réussissent des coups fumeux, comme voler 800 000 francs de conversations téléphoniques grâce aux papiers et portables subtilisés aux citoyens, et les cambriolages de villas à Corsier, Collonge-Bellerive, Colley-Bossy, Vernier, Meyrin, et j'en passe, perpétrés par des bandes organisées roumaines, il y a de plus en plus de tziganes venant de France. Certains élus parlent même de *déferlante* sur le canton.

Notre parti ne pourrait-il pas exiger des contrôles plus sévères aux frontières surtout pour les «*touristes*» venant de l'Est dans des voitures souvent haletantes et crachantes? Ayant été plusieurs fois en Roumanie pour des cures et des visites aux monastères de Suceava et Moldavita, il y a déjà plusieurs années, je me suis trouvée face à des grappes de Roms me demandant la meilleure façon de venir en Suisse ou en Europe pour «*travailler*». Comme je devais déjà me protéger de ces gens lors de mes achats sur les marchés, car les vols

étaient monnaie courante, j'ai lutté aux côtés des vrais Helvètes contre l'ouverture des frontières Schengen avant les votations en Suisse. Le résultat étant celui que l'on sait, on déplore à Genève (et aussi ailleurs) des milliers de cas de cambriolages, vols à la tire, et autres arnaques plus astucieuses les unes que les autres, sans que la justice fasse quoi que ce soit pour condamner sérieusement ces malfrats.

Puisque la place manque dans nos prisons, ne pourrait-on pas réquisitionner les squats pour y ouvrir des maisons de redressement ou placer ces récidivistes dans les baraquements qui étaient prévus pour des requérants d'asile maintenant en régression? Notre parti pourrait-il œuvrer dans ce sens?

La France est en train de se réveiller à la suite du fiasco à Outreau en instituant de nouveaux procédés de contrôle pour une justice plus JUSTE? Mais il n'y a pas seulement des dysfonctionnements concernant les cas de pédophilie, car des milliers d'autres procédures sont bâclées. J'ai entendu dire que Christoph Blocher au début de son mandat, voulait réformer la justice. Devant ce silence subit, je voudrais savoir où il en est.

Charlotte Morel

Roland Schöni au Conseil exécutif



Roland Schöni, secrétaire central DS et candidat DS au Conseil exécutif

Donnez-lui votre voix sur la liste officielle du Conseil exécutif.

Roland Schöni, 1958, Bönigen
Secrétaire du comité central des Démocrates Suisses.

Il est père de trois enfants. C'est une personnalité dynamique et intègre sur laquelle on peut compter.

Roland Schöni lutte pour la fondation de nouveaux groupes d'emplois. Il s'engage ainsi pour la réduction de la bureaucratie, de la taxation et de l'imposition. C'est la seule façon possible de créer des places de travail sûres et de rétablir l'économie du canton de Berne ruinée par la coalition UDC-PRD-PS.

Roland Schöni lutte avec détermination contre les abus en matière de droit d'asile, le pillage de nos caisses sociales et pour notre sécurité. Il demande impérativement que nos citoyennes et citoyens, nos

enfants tout particulièrement, puissent circuler en toute quiétude dans tout le canton de Berne. Il exige également que nos institutions sociales restent au service de véritables nécessiteux et non au profit de faux requérants d'asile.

Allez voter le 9 avril 2006! – Le peuple doit encore exprimer sa volonté avant que ses dirigeants le lui interdisent. – Mettez dans l'urne la liste «Démocrates Suisses» sans la modifier.



L'abcès tamoul au Sri Lanka

On dit que les Indiens sont pacifistes et que l'Inde est une grande démocratie. Qui sont donc ces Tigres Tamouls qui envahissent le Sri Lanka depuis trente ans. Ne sont-ils pas des Indiens nés au Tamil Nadu indien? Ces gens se conduisent comme les troupes coloniales européennes tant critiquées aujourd'hui, qui éliminèrent les Indiens d'Amérique du Nord, ou les Mayas et Incas d'Amérique du Sud, en tuant et accaparant leurs terres. Ils s'infiltrèrent depuis des années au Nord de l'île de Colombo, achètent ou tuent les habitants, s'emparent des maisons et des terres et revendiquent aujourd'hui, alors qu'ils se sentent majoritaires dans cette partie du Sri Lanka et très forts puisqu'armés jusqu'aux dents, l'autonomie et la création d'un Etat indépendant.

Le comble est atteint lorsqu'on accepte en Suisse, des Tamouls dont 40 000 ont demandé le droit d'asi-

le? Qui sont ils vraiment? S'ils viennent de l'Inde **démocratique** qu'invoquent-ils comme danger? S'ils viennent du Sri Lanka, pourquoi fuient-ils la partie conquise et occupée par le LTTE? Et s'ils sont issus de la partie sud de l'île, pourquoi ne retournent-ils par au Tamil Nadu?

La commune de Céligny a accepté de recevoir une commission de conciliation sous l'égide de la Norvège, pour un cessez-le-feu entre les Tigres de l'Eelam et le gouvernement Sri Lankais qui a enterré 60 000 citoyens dans cette guerre innommable, et aide 800 000 personnes déplacées. Quel est ce cirque?

On revient au moyen-âge où il était normal d'agrandir son espace vital par la force, ou il n'y a pas si longtemps, lorsque le IIIe Reich faisait de même! Car en acceptant d'écouter dans le même local les deux parties en conflit, c'est une sorte de

capitulation devant le fait accompli par une bande de voleurs et d'usurpateurs qui doivent être sanctionnés et non pas écoutés.

Il est également étonnant que l'ONU ne prenne pas position et qu'aucune nation qui se respecte ne soutienne les efforts du prési-

dent Mahinda Rajapakse qui défend l'intégrité territoriale. Madame Calmy Rey si prompt à brandir le droit dans sa plus stricte conception, n'a pas pris position dans ce cas tragique, pourquoi? Elle n'intervient d'ailleurs pas non plus en Tchétchénie... *Mary Meissner*

Le Pileri

Les quotas de Calmy-Rey

Avec cette fausse-note de notre ministre des Affaires Etrangères concernant son choix de quatre femmes dans son département au détriment de quatre hommes, mettra un peu d'équilibre au sein du Conseil fédéral où Schmid, Leuenberger et surtout Blocher, ont été mis au pilori à tour de rôle. Donc à chacun son dû, car Couchepin lui-même n'a pas été épargné. La transparence réclamée par Blocher est donc une bonne chose, car cela

incite chacun à balayer devant sa porte avant d'aller nettoyer celle de ses collègues.

Après tout, ces conseillers ne sont pas des hommes comme les autres, mais ils se prétendent les mieux placés pour diriger le pays, et ils reçoivent un salaire conforme à ces exigences. Alors c'est normal que nous qui les payons par nos impôts, demandions des comptes et refusions les magouilles et «combinazione» secrètes.

Octopus

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Michael Strebel, Stein
(Junge Stimme)

SD 
Schweizer Demokraten

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

SD gegen Aufhebung der Lex Koller

Die Schweizer Demokraten (SD) lehnen in ihrer Vernehmlassungsantwort die Vorlage zur Aufhebung der Lex Koller (Begrenzung von Grundstückerwerb durch Personen im Ausland) in aller Form ab. Sie verlangen vielmehr die Prüfung der Möglichkeiten der künftigen Abwehr von spekulativem, anlagensuchendem Kapital in der Schweiz bei einer allfälligen, aber zu erwartenden, künftigen Konsolidierung der Weltwirtschaft. Die vorgeschlagenen raumplanerischen Massnahmen gegen die Ausuferung des Ferienwohnungsbaus unterstützen sie. Bei der Aufhebung der Lex Koller ist damit zu rechnen, dass der Nachfragedruck in den Kantonen und Gemeinden mit bereits heute

hoher ausländischer Nachfrage noch stark zunehmen wird. Darauf deutet die derzeitige hohe Ausschöpfung der Kontingente in den touristischen Kantonen hin. Gestützt auf Artikel 13 BewG kennen derzeit zahlreiche Gemeinden weitergehende Einschränkungen des ausländischen Erwerbs. In vielen touristischen Gemeinden gelten heute, unabhängig von der Kontingentierung auf Bundesebene, Maximalquoten für den Verkauf von Grundstücken und Wohnungen an Personen im Ausland. Bei der Aufhebung der Lex Koller werden diese Regelungen wegen Fehlens der Rechtsgrundlage hinfällig, so dass in diesen Gemeinden mit einem zusätzlichen Nachfrage- und Kostendruck durch Personen

im Ausland zu rechnen ist. Zudem ist nicht abzuschätzen, wie sich die Nachfrage in Kantonen und Gemeinden entwickeln wird, in denen der Erwerb von Ferienwohnungen durch Personen im Ausland heute nicht zugelassen ist, weil sie nicht als Tourismusregion gelten.

Anlässlich ihrer eidgenössischen Delegiertenversammlung vom 25. März 2006 werden die SD das Referendum gegen die vom Bundesrat geplante völlige Aufhebung der Lex Koller beschliessen. Niemals werden die SD einen schrankenlosen Ausverkauf des Heimatbodens zulassen.

Bernhard Hess, Nationalrat,
Zentralpräsident und
Roland Schöni, Zentralsekretär

SD gegen Swisscom-Privatisierung

Die Schweizer Demokraten (SD) sind in ihrer Vernehmlassungsantwort der Meinung, dass die Abgabe der Bundesmehrheit an der Swisscom weder dem Wohl des Volkes, der Wirtschaft noch dem Wohl des Gemeinwesens dient. Ein allfälliges Referendum gegen die Swisscom-Privatisierung wird deshalb von den SD mitgetragen. Der Bundesrat behauptet, auf die Eigenständigkeit von Swisscom Wert zu legen. Trotzdem schlägt er keine Lösung vor, die diese Unabhängigkeit mittelfristig wirklich sicherstellen würde. Kurz- oder mittelfristig wird die Übernahme der Swisscom durch einen internationalen Telekommunikationsriesen oder eine Investorengruppe Realität, befürchten die SD. Die Folge: Der Abbau von Arbeitsplätzen wäre sehr wahrscheinlich, besonders in

den Randregionen. Zudem würden viele Stellen mit hohem Mehrwert ins Ausland verlagert. Für die Wohlfahrt, den Fortschritt und den Service Public einer Volkswirtschaft ist es entscheidend, welche Telekommunikationsinfrastrukturen ein Land besitzt, sowohl für die Bevölkerung wie auch für die Unternehmen. Ein guter, flächendeckender Service Public gehört seit jeher zum Selbstverständnis der Schweiz. So gehört es zu unserer Tradition und zu unserem Erfolgsrezept, dass alle überall im Land zum gleichen Preis qualitativ hoch stehende Leistungen erhalten. Bei der Telekommunikation mit ihrem rasanten Technologiefortschritt ist es unvorstellbar, dass ein vollständig privatisiertes Unternehmen die Anforderungen erfüllt, die für unsere

Wirtschaft, aber auch für die Attraktivität all unserer Wohngebiete entscheidend sind. So wird zwar ein privatisiertes Unternehmen die Mindestanforderungen der Konzession erfüllen. Qualitativ wird es aber nur für diejenigen Kunden oder geografischen Gebiete darüber hinausgehen, die dafür lukrativ genug sind.

Zieht sich der Bund bei der Swisscom vollständig zurück, verliert er damit jede direkte Einflussmöglichkeit, um die Entwicklung der Telekommunikation voranzutreiben oder zumindest zu steuern. Er wird nicht mehr sicherstellen können, dass technologischer Fortschritt in nützlicher Frist flächendeckend zur Verfügung gestellt wird.

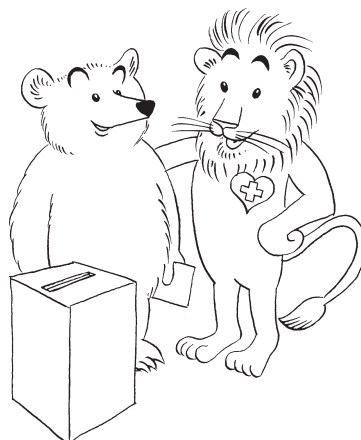
Bernhard Hess, Nationalrat,
Zentralpräsident und
Roland Schöni, Zentralsekretär

Berner Bär und Züri-Leu aufgepasst: SD-Liste unverändert!

Nicht verpassen:

**SD-Delegiertenversammlung
am Samstag, 25. März 2006,
ab 10.30 Uhr
im Hotel Arte in Olten.**

**Ab 14 Uhr spricht
Valentin J. Oehen zum
Ausverkauf der Heimat.
(Der Vortrag ist öffentlich)**



19. März: Dübendorf/ZH,
SD-Liste 8

26. März: Volketswil, Sozial-
behörde, «Spreng-
kandidat»
Samuel Brüngger

2. April: Kloten und Opfikon/
Glattbrugg, SD-Liste 7

9. April: Kanton Bern:
SD-Liste unverändert
und Roland Schöni
in den Regierungsrat